

# Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 13. Juni 1923  
10. Jahrgang Nummer 130

Erzählt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Bezugspreis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifenband 2,50 Mk. Einzelverkaufspreis: Die beigelbaltene Millimeterzelle oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellamerepreis: Die beigelbaltene Millimeterzelle oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Aufnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 550 89. Postsekretariat: Breslau 544, Rebellion; Breslau, Trebnitzer Straße 60, Telefon 288 37. Expedient der Redaktion: von 12-13, Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmstraße 26, Telefon 1068. Wodzislaw: Rühl 6, Telefon 2384. Geschäftzeit: von 8-12 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schief, Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Neubaug“ Berlin, G. L. Breslau, Trebnitzer Str. 50.

## Germann Müller kuhhandelt

### Zentrum und Volkspartei fordern „Sicherungen“

(Fig. Draht.) Berlin, 13. Juni.

Western vormittag hat Reichkanzler Marx dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch seiner Regierung überreicht. Der Reichspräsident hat dem Rücktritt genähmigt mit der Bitte, die Geschäfte bis zur Ernennung des neuen Kabinetts zu führen.

Unmittelbar im Anschluß daran wurde der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Müller-Franken von Hindenburg empfangen und mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Hermann Müller hat sofort im Reichstag die Fraktionsführer empfangen, zunächst Guérard vom Zentrum, dann Koch-Weber von den Demokraten, Drewnitz, Wirtschaftspartei, Leicht, Bayerische Volkspartei, Scholz, Volkspartei, ferner den Reichswehrminister Groener und den Arbeitsminister Brauns.

Heute nachmittag wird Müller-Franken mit einer Kommission des Zentrums verhandeln, der Stegerwald, v. Guérard, Wirth, Perltius und Esser angehören. An dieser Sitzung werden auch mehrere führende Sozialdemokraten teilnehmen.

Zentrum und Volkspartei stellen ganz bestimmte sachliche Forderungen

für die Koalitionsverhandlungen. Insbesondere wird vom Zentrum die Schulgesetzfrage erwähnt werden, wahrscheinlich werden die Zusicherungen, die das Zentrum verlangen und erhalten wird, in die äußerlich unverbindliche Form gebracht werden, daß der Grundgedanke der Toleranz (gegenüber den Verfassungsplänen des Zentrums) hervorgehoben wird oder auch in der Form, daß auf die Kompromißlösung der Weimarer Verfassung (die den Vormarsch der schwarzen Reaktion in Deutschland ermöglichte) Bezug genommen wird. Die Bayerische Volkspartei besteht auf Sicherungen gegen die Unitarisierung.

Die Fraktionen der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschnationalen traten heute vormittag zu Fraktionsbesprechungen zusammen.

Neben den Verhandlungen über die Regierungsbildung war die Fraktionsführung der Deutschnationalen bemerkenswert. Während die meisten anderen Fraktionen ihre Vorkände sofort gewählt oder die Neuwahl der Vorkände auf morgen vormittag angelegt haben, wurde von den Deutschnationalen beschlossen, die Wahl des Vorstandes für einige Wochen auszusetzen und in der Zwischenzeit erst die Frage einer Reorganisation der Partei zu erörtern. Ein Zeichen für die scharfe Kritik, die an dem bisherigen Vorstand geht, und ein Zeichen dafür, daß man die Reorganisation der Partei unter anderer Leitung vornehmen will.

\*

## Nieder mit der Koalition

Von Arthur Ewert.

Heute tritt der Reichstag zusammen. In wenigen Tagen wird die Sozialdemokratie mit den Parteien des deutschen Truistkapitals die Koalitionsregierung, die neue Exekutive der Bourgeoisie bilden. Nach Jahren lokaler Duldung bürgerlicher Rechtsregierungen, nach zwei Jahren Scheinopposition gegen eine der reaktionärsten Regierungen der Republik tritt die SPD. erneut in die Regierung ein.

Anders als 1918, anders als 1923 ist heute noch die Situation. Die Bourgeoisie ist nicht unmittelbar vom revolutionären Ansturm empörter Volksmassen bedroht. Es gärt in den Massen, ein breiter Vormarsch — verschieden in Stärke, Bewußtsein und Ausdrucksformen — setzt ein. Die Bourgeoisie will dieser Bewegung Herr werden. Sie hofft, daß in der gegenwärtigen Situation neben dem Ausbau der staatlichen Gewaltmittel die Beteiligung der SPD. an der Regierung eines der wirksamsten Mittel ist, um die Einkentwidlung der Massen zu höheren Formen des Klassenkampfes und der Steigerung ihrer Aktivität aufzuhalten und sie zu zer schlagen.

Wir sollen nicht verkennen, daß es in der SPD. nicht nur die Spitzen der Partei und Gewerkschaften sind, die sich bewußt und systematisch in den Dienst dieser Aufgabe der feindlichen Klasse gestellt haben. Jeder unserer Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre weiß aus Erfahrung, daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, einen ziemlich breiten Kreis mittlerer und selbst unterer Funktionäre mit dem Gift des Reformismus, der Zusammenarbeit der Klassen, der Aufrechterhaltung des Kapital-

istischen Staates zu infizieren. Es gibt in allen Betrieben, in allen Massenorganisationen, in den Gemeindeparlamenten eine solche Schicht sozialdemokratischer Funktionäre, die alle arbeitserfeindlichen Handlungen ihrer Führer nicht nur entschuldigend, sondern verteidigend. Ihre teilweise Gewinnung wird nur in Zeiten größter revolutionärer Krisen möglich sein. Ihre Er-

setzung durch revolutionäre Arbeiter ist darum eine Notwendigkeit.

Wie aber steht es mit der großen Mehrheit der neun Millionen sozialdemokratischer Wähler? Für sie war die Abgabe des Stimmzettels für die SPD. ein Protest gegen die Reichsregierung, ein Ausdruck des noch nicht als Illusion erkannten

## Arbeiter gegen Koalition!

### Weitere Resolutionen:

#### Großbetrieb Dierig-Langenbielau

Breslau, 13. Juni.

Die hiesige Bezirksleitung der KPD. erhielt in Abschrift folgenden Brief:

An die

KPD. und SPD.-Reichstagsfraktionen

Die heute tagende Arbeiterratsführung der Textilbetriebe der Firma Christian Dierig, Ober-Langenbielau (Belegschaftstärke 4000 Arbeiter) nimmt einstimmig folgende Entschlieung an, die an die Arbeiterparteien des neugewählten Reichstages gefandt werden soll, und die die betreffenden Fraktionen verpflichtet, für folgende Forderungen einzutreten:

1. Ablehnung jeder Koalition.
2. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Einstellung und Entlassungen.
3. Beseitigung der Schiedsgerichtsordnung, Sicherung der Streikfreiheit.
4. Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes mit acht Stunden Maximum Arbeitszeit und 45-Stunden-Woche.
5. Beseitigung des Steuerabzugs vom Lohn, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Beseitigung der Umsatz- und Hauszinssteuer.
6. Schaffung eines Steuergesetzes, das Besitz und Erbschaft stärker belastet.
7. Beseitigung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes, Schaffung der Erwerbslosenfürsorge auf ausreichende Unterstützung für alle Arbeitslosen.
8. Aenderung des Arbeitsnachweisgesetzes, Schaffung des Zwanges für Unternehmer bei Einstellung jedes Vermittelten.
9. Ausbau der Sozialpolitik, Herabsetzung der Altersgrenze auf 50 Jahre.
10. Erlass eines Amnestiegesetzes, nach dem alle proletarischen politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen sind.

#### Die Freiburger Erwerbslosen:

Freiburg, 13. Juni.

In einer Versammlung der Erwerbslosen von Freiburg und Umgebung wurde einstimmig folgende Resolution angenommen, welche an die sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen des Reichs- und Landtages gerichtet ist:

Die Erwerbslosen von Freiburg fordern die sozialdemokratischen und kommunistischen Parlamentsfraktionen auf, sich für die Durchführung folgender Forderungen einzusetzen:

1. Gesetzliche Festlegung des starren Achtstundentages.
2. Ausbau der staatlichen und kommunalen Wohlfahrtsfürsorge.
3. Bereitstellung von Mitteln, die den Gemeinden ermöglichen, Notstandsarbeiten durchzuführen.
4. Verlängerung der Krisenunterstützungsbauer und Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe.

#### 11 Gleiwitzer Arbeiter freigesprochen

Gleiwitz, 13. Juni. Gestern fand in Gleiwitz der Prozeß gegen elf Arbeiter statt, die im vergangenen Jahre in Petersdorf von Nationalsozialisten überfallen und blutig geschlagen wurden. Die Anklage wurde, wie es in Deutschland üblich ist, nicht gegen die Faschisten, sondern gegen die Arbeiter erhoben. Trotz sozialdemokratischer Verleumdungen, daß die Kommunisten sich „reinhuschen“

wollen und „Mörder“ sind, ist die Anklage gegen die elf Arbeiter unter dem Druck der Werkstätten Kläglich zusammengebrochen. Die Beweisführung hat erbracht, daß die Nationalsozialisten in einer ganz feigen Art und Weise den Überfall auf die sich in der Rinderkennzeichnung befindlichen Arbeiter geplant haben. Staatsanwaltschaft und Gericht nutzten einen Jurisdiktier machen. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen, bis auf den Genossen Leffel, der wegen „Verhinderung der Beamten an ihrer Amtsausübung“ mit 50 Mk. Geldstrafe belegt wurde. Nach Verkündung des Urteils erklärte der Genosse Jajza im Auftrag der übrigen Beteiligten, daß diese Geldstrafe von den Faschisten bezahlt wird. Mit dem Ausruf: „Es lebe der Rote Frontkämpferbund und die kommunistische Partei, die Führerin der proletarischen Revolution“ verließen die Angeklagten mit den zahlreich vorhandenen Zuschauern den Schwurgerichtssaal. Ein dreitägiges „Rot Front“ bildete das Echo des Prozesses. Ein ausführlicher Bericht folgt.

#### Kommunisten für die Hochwasser- geschädigten

Der Kreistag Reichenbach begräbt den kommunistischen Antrag im Ausschuß

Langenbielau, 12. Juni.

In der Sitzung des Kreistages Reichenbach wurde u. a. folgender Antrag der kommunistischen Fraktion für die Hochwasser- geschädigten besprochen:

Der Kreistag wolle beschließen:

1. Von der Regierung ausreichende finanzielle Hilfe für die Geschädigten selbst und die geschädigten Kommunen zu fordern, nötigenfalls durch Entsendung einer Delegation.
2. Volle Entschädigung aller geschädigten Klein- und Mittelbauern, Gewerbetreibenden und aller Werkstätten, deren Besitz und Vermögen weniger als 40 000 Mark beträgt.
3. Feststellung des Schädens durch Geschädigtenkommissionen, deren Personen unter Ziffer 2 fallen müssen.
4. Anerkennung dieser Geschädigtenkommissionen durch die Behörden.
5. Stundung von rückständigen Steuern und Gewährung von langfristigen Krediten für die Geschädigten.
6. Die im Ueberflutungsgebiet liegenden Wasserläufe sofort zu regulieren.

Mit den Stimmen der Bürgerlichen und Sozialdemokraten wurde der Antrag dem Kreisausschuß zur Berücksichtigung überwie sen, wo er jedenfalls „gut“ aufgehoben sein wird. Der Landrat machte dabei zur Regulierung der Peile recht interessante Ausführungen. Die Durchführung dieses Projektes würde an die acht Millionen Mark kosten. Die maßgebenden Kreise werden erst Recherchen darüber anstellen, ob es sich rentiert, eine so hohe Summe für die Regulierung der Peile anzulegen, oder ob es nicht vom geschäftlichen Standpunkt vorteilhafter ist, die Peile nicht zu regulieren und die Kosten für die Entschädigungen zu zahlen. (1)

Die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. und die Ausführungen des Landrats bezüglich der Regulierung der Peile zeigen der werktätigen Bauern, daß nur die Kommunisten ehrlich ihre Interessen vertreten. Die anderen Parteien haben für die Klein- und Mittelbauern nur billige Phrasen abzu-

Glaube; daß die Wahl von Sozialdemokraten eine Erleichterung des Kampfes um eine Verbesserung ihrer Lage, ja, diese Verbesserung selbst bedeuten; teilweise ist diese Stimmenabgabe der Beginn der Trennung von der Bourgeoisie, die Zwischenstation zum revolutionären Kampf und zum Kommunismus. An diese Massen wenden wir uns nun. Ihnen wollen wir auf Grund der Tatsachen, der Handlungen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung den Nachweis erbringen, daß der Weg der SPD. nicht zum Sozialismus, sondern zur Stärkung der Bourgeoisie führt. Nur der Bruch der Massen mit dieser Politik kann das Letztere verhindern.

Welche Fragen stehen jetzt im Vordergrund des Interesses der Massen? Was vor allem erwarten sie in der nächsten Zeit? Vermutlich ist heute die Streitfrage: Monarchie oder Republik. Die Bourgeoisie der Trusts und Banken hat sich mit Hilfe der SPD. wohnlich unter dem schwarzrotgoldenen Banner eingerichtet. Die Symbole der Monarchie, die die revolutionären Arbeiter zerschlugen, wurden durch die Fahne der kapitalistischen Republik abgelöst. Unter anderen Fahnen, anderen staatlichen Formen versuchen Sozialdemokratie, Gewerkschaftsbürokratie und Reichsbanner, dem deutschen Imperialismus wieder Hohen unter den Massen zu verschaffen. So steht vor allen Klassenbewußten Arbeitern die Aufgabe, dem Sozialimperialismus, der Vertretung der „nationalen“ Interessen der deutschen Kapitalisten, der Völkerbunds- und Aufrüstungspolitik, der Unterstützung der imperialistischen Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion durch die Sozialdemokratie unbegrenzten Kampf anzufangen, diesen zu führen. Noch stärker aber wird die Aufmerksamkeit aller Werktätigen in der nächsten Zeit auf jenen großen Komplex der sozialen Fragen gelenkt werden, deren wichtigste im Anruf des Zentralkomitees unserer Partei aufgezeigt sind. Die sozialdemokratischen Führer gaulen den Massen vor, daß es jetzt um den „sozialen Inhalt der Republik“ gehe. Zwar „marschiert“ der Sozialismus in ihren Reden und Schriften nicht mehr wie 1919. Diese Verhöhnung der Arbeiter unter der Nationalisierung, den Zwangsbeschneidungen, der neun- bis zwölfstündigen Arbeitszeit, den Hungerlöhnen wäre zu groß. Wie aber steht es mit den dringendsten Tagesforderungen? Können sie mit reformistischen Methoden durchgeführt werden? Die SPD-Führer werden sagen: „Wir haben nicht die Mehrheit!“ Aber werden sie im Parlament für unsere Anträge stimmen? Werden sie die Kraft der Gewerkschaften im Kampf für sie einsetzen? Mit nichten! Sie werden nicht nur die Anträge der Kommunisten niederstimmen, diese als zu weit gehend hinstellen, sondern sie werden teilweise sogar gegen solche unzulänglichen Anträge stimmen, wie sie sie im vorigen Reichstag zur Täuschung der Massen manchmal stellten. Nehmen wir nur die Frage der Arbeitszeit. Unsere Partei hat hier Forderungen gestellt, die in den ersten Jahren nach der Revolution fast alle verwirklicht waren. Die Einführung der von uns verlangten Verkürzung der Arbeitszeit ist bei dem jetzigen Stand der Produktivität der Arbeit eine sofortige unerlässliche Notwendigkeit. Jeder denkende Arbeiter wird die Notwendigkeit des Achtstundentages, des Uberganges zum Siebenstundentag erkennen. Selbst die reaktionäre Leitung des Zentralarbeiterverbandes verlangt die 44-Stunden-Woche. Aber nicht auf die Phrasen der Herren Reformisten, sondern auf ihre Taten kommt es an. Wir werden ihnen die Gelegenheit dazu geben, dem Kommando der Trustgewaltigen ein Nein entgegenzustellen, für den Achtstundentag zu stimmen. Werden sie dieses tun? Schon heute ist klar, daß sie es nicht tun werden. Um so gebieterischer tritt vor die Arbeiterklasse die Aufgabe, nicht auf „Entscheidungen“ des Parlaments zu warten, sondern selbst den Kampf außerhalb desselben zu organisieren.

Auf allen anderen Gebieten des Lebens der werktätigen Massen liegen die Dinge ähnlich. So werden die Millionen Arbeiter den Unterschied zwischen den Worten

und Handlungen der sozialdemokratischen Führer erkennen, ihre Erfahrungen vermehren, neue Wege des Kampfes beschreiten, sich vom Reformismus trennen.

Wie die Stellung zum Imperialismus und zur Sowjetunion, so werden die sozialen Fragen das Sprengpulver für die große Koalition werden. Nicht von heute auf morgen, aber in monatelanger zäher Arbeit wird die Rebellion der Massen erwachen. Der Kampf um die Freilassung unserer Gefangenen (mit Max Hoels und Margies an der Spitze), der Kampf gegen die Reichswehr, gegen den reaktionären Verwaltungsapparat, gegen die Terrorjustiz usw. werden gleichzeitig in Verbindung mit den anderen vor uns stehenden Fragen das Problem der Form und des Inhalts des Staates — kapitalistische Weltrepublik oder Räterepublik — dem Bewußtsein der Massen näher rücken.

Die Große Koalition wird geboren als ein Mittel des Kampfes der Trustbourgeoisie und der SPD-Führer gegen die Arbeiterklasse. Sie wird durch den Kampf der Arbeiterklasse zertümmert werden, wie alle ihre Vorgänger in der kurzen Geschichte der Republik. Sorgen wir dafür, daß das Proletariat schnell die Lehren zieht, daß es im Kampf für seine Interessen, für den Sozialismus einen neuen Schritt vorwärts macht.

### Kommunistische Anträge zur Reichstagseröffnung

III. Berlin, 12. Juni. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zur Eröffnung des Reichstages einen Antrag auf eine politische Generalamnestie für die proletarischen politischen Gefangenen eingereicht. Ferner fordert die kommunistische Fraktion die sofortige Freilassung des verhafteten Reichstagsabgeordneten Rippenberger-Hamburg. Die Kommunisten werden verlangen, daß diese Anträge sofort verhandelt werden.

### Aussprache im Preussischen Landtag

(Eig. Drahtb.) Berlin, 13. Juni. Zu Beginn der gestrigen Landtagsführung wurde mitgeteilt, daß Genosse Gelle gegen seinen Ausschluß Einspruch erhebt.

In der fortgesetzten Aussprache wendet sich Genosse Kasper gegen die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie in Preußen. Die zehn Jahre Koalitionspolitik hätten die Lage der Arbeiterschaft nicht

### Vom Tage

Gegen den Genossen Karl Philipp, der am 11. April gemeinsam mit einigen Kameraden den Untersuchungsgefangenen Genossen Otto Braun aus dem Moabit Gerichtsgebäude befreite, ist jetzt Anklage erhoben worden. Der Prozeß findet bereits Ende Juni statt.

Nach amtlichen Mitteilungen sind die letzten Posaunenrufe auf einen Hamburger Dampfer befördert worden, der sie in den Atlantik versenken wird. (Und wo bleibt die Kontrolle der Giftgasproduktion?)

Vor dem Schwurgericht in Kolmar wurden in einem zweiten Autonomistenprozeß mehrere ins Ausland geflüchtete Führer der elfjährigen Heimatabbewegung zu Gefängnisstrafen von 15 und 20 Jahren verurteilt.

besser, sondern schlechter gestaltet. Besondere Kritik übt Genosse Kasper an dem Vorgehen der Schupo gerade in der letzten Zeit.

Nach einigen Rednern der bürgerlichen Parteien ergreift Ministerpräsident Braun noch einmal das Wort. Er verteidigt die Prädikatspolizei und behauptet, die Regierung brauche nicht von jedem Landtag neu gewählt zu werden.

### Der deutsche Monteur Badstieber sagt aus!

Winnig, 13. Juni. In der Dienstagtagung des Schacht-Processes begann die Vernehmung des deutschen Monteurs Badstieber. Badstieber, der sehr bleich aussah, machte keine Aussagen mit ruhiger Stimme. Ueber seinen Verdacht gab Badstieber an, daß er seine Ausbildung in einer rheinischen Maschinenfabrik und in deutschen Bergwerken genossen habe. Als geborener Oesterreicher diente er während des Krieges im österreichischen Heer und geriet später in russische Gefangenschaft, aus der er durch die russische Revolution befreit wurde. Im Verlauf seiner Vernehmung brachte Badstieber schwere Beschuldigungen gegen seine Vorgesetzten Seebold und Kister vor. Unter anderem behauptete Badstieber, daß die von der Firma Knapp gelieferten Maschinen schlecht gewesen seien und daß die Angetragenen Mischin und Garmuschens von Seebold Schmiergelder erhalten hätten. Bei Garmuschens sollen Gesellschaften stattgefunden haben, auf denen antikommunistische Reden gehalten wurden. Das Gericht beschloß, die Untersuchungsbehörde zu beauftragen, die Untersuchung auch auf die übrigen durch die Verhandlung belasteten Personen, also auch auf den Knapp-Ingenieur Seebold, auszudehnen und die Beschuldigungen nachzuprüfen.

### Ostoberschlesische Bergarbeiter fordern 25 Prozent Lohnzulage

Kattowitz, 13. Juni. (Eig. Drahtb.) Am Sonntag hielten die Bergarbeiter-Gewerkschaften Ostoberschlesiens in Kattowitz eine Delegiertenversammlung ab, an der etwa 200 Vertreter teilnahmen. Es wurde die Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um 25 Prozent und die gänzliche Einführung des Achtstundentages gefordert. Im Falle der Ablehnung dieser Forderungen soll in einen Streik eingetreten werden.

### Miesenstreik in Indien

London, 13. Juni. (Eig. Drahtb.) Wie der „Daily Herald“ berichtet, sind Vorbereitungen im Gange, um die Streikbewegung der Eisenbahner in Indien, der sich gegenwärtig noch auf die Miesenwerkstätten der Ostindischen Eisenbahngesellschaft in Allahabad beschränkt, in einen Generalstreik umzuwandeln. In Bombah streiken 100 000 Metallarbeiter bereits seit 13 Wochen, in Kalkutta seit vier Wochen 7000 Arbeiter und 3500 Arbeiter der Baumwollfabriken. Im Verlaufe des Kampfes wurden die Arbeiter zu Tausenden aus ihren Wohnungen vertrieben. Verschiedentlich ereigneten sich schwere Zusammenstöße mit Polizeitruppen. Die tatkräftigste Unterstützung erhielten die streikenden Arbeiter von den Gewerkschaften der Sowjetunion, die bisher 734 Pfund Sterling überwiesen; die Amsterdamer Internationale stellte 100 Pfund zur Verfügung.

### Tschangholins Tod bestätigt

III. London, 12. Juni. Das japanische Kriegsministerium hat eine Bestätigung der Nachricht vom Tode Tschangholins erhalten.

### Die Untersuchung des Siegelndorfer Unglücks

III. Berlin, 12. Juni. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, sind die Ermittlungen wegen des Eisenbahnunglücks bei Siegelndorf noch nicht abgeschlossen.

**PASSAGIERE**  
DER III. KLASSE Roman  
von Kuri Klüber

„Trumpf darauf!“ schrie der Belgier laut, der die Karten eine ganze Zeit ungeduldig in der Hand gehalten hatte.  
„Ja, Trumpf darauf!“ schrie der Geduckte, der seine Karten schnell ordnete, und überstoch den Belgier.  
Der Krumme, der noch eine lange Rede zwischen den Zähnen hatte, verzog erst seine Lippen. Danach warf er auch sein Blatt.  
Während die drei klatschend und schlagend weiter spielten, begannen der Amerikaner und der Lange ein Gespräch.  
„Ihr Engländer seid ewangelisch?“ fragte der Amerikaner und schob langsam das Streichspiel auf die Seite.  
Der Lange nickte nur. „Nicht ganz.“ sagte er nach einer Weile, „es ist eigentlich eine besondere Religion.“  
„Und bist du selber noch ein Kirchgänger?“ Der Amerikaner machte kindliche Augen und rührte näher.  
Der Engländer zog sein Gesicht zurück. „Ihr seid verdammt neugierig, ihr Amerikaner.“ antwortete er.  
„Ja!“ stimmte ihm der Högeweiene zu. Er lächelte leicht.  
„Die Kirche“, sagte nun der Engländer, „ist in unserem Lande genau so verdoeben und schlecht wie in den Staaten. Das Kapital braucht sie zur Erhaltung der Dummheit, und die Regierung macht mit ihrer Hilfe die öffentliche Moral und die öffentliche Meinung. Was soll ich also darin?“  
„O!“ sagte der Amerikaner schnell, „es ist nicht immer leicht, das zu erkennen. Ich bin aus einer sehr frommen Familie. Mein Großvater war ein bekannter Prediger, mein Vater und meine Mutter gehören zu den Quäkern. Ich“, er lächelte wieder, „bin diesen frommen Leuten und ihrem lieben Gott erst mit 21 Jahren entronnen.“  
„Sind die heiligen Stimmen oder die Befeihlungen bei dir ausgeblieben?“ fragte der Engländer spöttlich.  
„Nein!“ antwortete der Amerikaner. „Ich war bis zum zweiten Jahre sogar so mit heiligem Geist geschnägert, daß ich mein

ganzes Leben nur predigen wollte. Ich fuhr deswegen auch mit großen Hoffnungen nach New York in das Seminar. Als ich aber das erste Mal nicht vor, sondern hinter dem Galceja und dem Amen stand, ist mir das Predigen mit samt der Kirche aus dem Hirn gefallen.“  
„Auch der Glaube?“ Der Engländer fragte weiter spöttlich.  
„Den habe ich erst später verloren!“ antwortete der Amerikaner ernster. „Die alten Leute in Atlanta waren zu gute Christen, als daß ich mit ihrer Kirche gleich ihren Glauben verdammen konnte.“  
„Und heute?“  
„O!“ Der Amerikaner neigte seinen Kopf schräger nach vorn, „ein paar Dajenarbeiter in Hoboken haben mich nach zwei Jahren ganz kurziert. „Hoy.“ sagte der ältere zu mir, zu dem ich mich mit meinen religiösen Vätern flüchtete — und ich hatte nach meiner Flucht aus dem Seminar sehr viele — „du mußt dir, wenn du bei uns bleiben und ein wirklicher Arbeiter werden willst, das quellen für oder zu einem lieben Gott abgewöhnen. Erstens, für einen Arbeiter gibt es keinen „lieben Gott“. Oder hast du schon einmal gehört, daß sich einer mit dem Namen „Gott“ um unsere schlechten Löhne gekümmert hat? Der ist bloß für die Reichen da. Zweitens, wenn der Kerl wirklich vorhanden wäre, was spricht dann dafür, daß er ein lieber Gott ist. Es ist mir in meinem ganzen Leben noch nichts geschehen, was ich ihm und seiner Liebe in die Schuhe schieben könnte. Und du kannst ihn Dajen herumtragen, es ist hier auch keinem anderen von einem lieben Gott ein Stübchen Fleisch oder ein Dollar zugeschiedt worden. Im Gegenteil, er muß sogar ein sehr schlechter Kerl sein, und er scheint das, was er hat, nur dahin zu tragen, wo schon ein ganzer Haufen liegt!“  
„Glaubst du das nicht?“ fragte er, als ich ihn ungläubig anstarrte. „Geh einmal morgen in die Wallstreet oder in die Fünfte Avenue und rede deine Rede zwischen die Gespräche. Frenet euch, Freunde, werden überall die Wäcker jagen, die Apfelsinen sind mit Gottes großer Hilfe sieben Tage früher angekommen, als wir erwartet hatten. Wir können sie also mit fünf anfacht mit vier Erats loschlagen. In den Börsen hörst du das gleiche. Gott sei Dank, werden sich die Käufer und Verkäufer zuflüstern, die Aktien steigen wieder, steigen alle Tage, steigen bis in den Himmel. „Ho.“ der Alte hauchte seine Zünge, „als sie uns 66 in Chicago auseinanderließen, weil wir uns auch einmal Butter auf das Brot schmeieren wollten und zu freieren versuchten, haben sie dem Kerl sogar dafür gedankt, daß wir Hunde und Fed wieder zur Reize gebracht wurden und für den alten Lohn weiterarbeiten mußten. Das mit seiner Schleglichkeit ist also richtig!“

Der Amerikaner sprach schneller: „Der andere sahle seine Abneigung kürzer zusammen. „Gott“, sagte er, „ist nichts weiter als eine Erfindung. Als es noch lauter Arme auf der Welt gab, wurde langsam einmal einer reich, und als seine Schätze so groß wurden, daß er sie nicht mehr mit seinem Hinterteil bedecken konnte, dachte er darüber nach, wie er sie wohl vor den anderen schützen konnte. Das war damals schwierig. Es gab nämlich noch keine Polizei und noch kein Militär. Es gab auch noch keine Schulen und noch keine Universitäten, und die Armen konnten noch nicht wissen, daß das Eigentum wird, was sich ein Reicher zusammenschleht. Da er aber sehr an seinen Schätzen hing, überlegte er so lange, wie er sich ewig mit ihnen ergötzen könnte, daß ihm endlich auch etwas einfiel — er erfand Gott!“  
Es war noch nicht der heutige Gott. Es war eine Holzfrage, die er sich vor seine Hütte setzte. Später eine Schlangenhaut mit einem Ohrentopf. Aber es war immer etwas, vor dem sich die anderen, weil es besonders und schredlich war, ängstigten. Mit der Zeit, und weil die Armen neugierig wurden, kam dieser erste Schutzmantel in den Himmel. Da steht er noch heute und paßt auf die Geldläde auf, und er wird erst verschwinden, wenn der Reichtum verschwunden ist.“  
„Ho, ho!“ lachte der Engländer laut und strich sich über die Schläfen, „das sind ein paar gute Geschichten. Sie haben dir das Hirn hoffentlich richtig reingewaschen!“  
Der Amerikaner redete sich hoch. „Ja!“ sagte er und fiel in seinen pathetischen Ton, „ich glaube an nichts mehr. Weder an den Gott über uns, noch an den Gott in uns. Ich glaube nicht einmal an das Gute im Menschen. Der Mensch ist zu alt, als daß er sich und die Erde noch ändern könnte. Das einzige, was ich erhoffe, ist, daß die Menschen in den nächsten Jahrzehnten wenigstens so vernünftig werden, daß sie sich nicht gegenseitig loschlagen und unterdrücken, sondern sich die letzten Jahrhunderte, die sie noch zu leben haben, aneinander gewöhnen und untereinander und miteinander vertragen. Dafür kämpfe ich auch.“  
Der Engländer stand gleichfalls auf. In sein Gesicht kam wieder der Spott. „Ihr denkt also, daß es mit dem Menschen und seiner Herrlichkeit zu Ende geht?“ fragte er.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Betriebe und Berichter“ und „Baldenburg“ Wilhelm Hlebow, für „Kressan“, „Grotz“ und die „Berliner Arbeiterzeitung“ Alfred Dombrowski, für den „Berliner Arbeiterzeitung“ Theodor Keller, Leipzig. — Für „Berichte“ R. Berberstein.

# Oberschlesien Vor Dreif fast verkommen

## Christliche Krankenpflege im fürstbischöflichen Krankenhaus in Reife

Das Parteisekretariat Oberschlesien schreibt uns: Auf unserem Parteibüro erscheint die Witwe M. aus Gielwitz und berichtet folgendes. Der ebenfalls mieterschienen, etwa 10 jährige Sohn bekräftigte die Angaben.

Vom städtischen Jugendamt in Gielwitz wurde der Junge zur Erholung nach dem Kinderheim in Ziegenhals (Albertheim) verschickt. Das war am 3. April 1928.

Plötzlich kam eine Felleis der Mutter an den Jungen nach Ziegenhals gerichtete Karte zurück mit dem Vermerk „Abgereist“. Ein Brief mit M. 1.50 in Briefmarken an die Verwaltung des Kinderheims mit der Bitte, die Karten in Geld umzutauschen, ist dort empfangen, das Geld dem Jungen aber nicht ausgehändigt worden, angeblich, weil der Junge nicht mehr in Ziegenhals war. Die Verwaltung des Kinderheims fand es aber nicht für nötig, der Mutter davon Mitteilung zu machen.

Geuchlerisch werden da von Krüchler und bürgerlicher Seite Muttertage veranstaltet, und praktisch wird hier eine Mutter in Angst und Schrecken gesetzt. Der Aufenthaltort war nicht zu erfragen.

Nur durch Zufall hörte die Mutter, wie einige Kinder von Ziegenhals von einem schwermütigen Jungen sprachen, der nach Reife gebracht worden ist, wodurch sie den Aufenthalt ihres Kindes ersuhr.

Die Mutter fuhr nun nach Reife und holte den Jungen am 11. Juni aus dem fürstbischöflichen Krankenhaus heraus, weil der Junge darum geschrieben hatte. Er sollte in ein Waisenhaus kommen, unter die Fuchel solcher Schwestern, wie sie im Krankenhaus regieren. Die Mutter nahm, als sie feststellte, wie die Behandlung dort ist, den Sohn ohne langes Überlegen mit nach Hause und kam direkt vom Zuge nach dem Parteibüro. Der ganze Hals und der Brustabschnitt sowie die Beine bis über die Knie hatten eine starke rötliche Dreiecke angelegt. Der Junge gab an, daß er nur vor der am 7. Mai erfolgten Operation im Krankenhaus gebadet worden sei. Seit dieser Zeit habe er kein Bad und keine Seife gesehen. Fünfmal habe er um ein Bad ersucht, niemals ist dem stattgegeben worden.

(Der behandelnde Arzt und auch die Schwestern mußten doch den Schmutz bemerkt haben, um selbst ein Bad zu veranlassen!) Als nun der Junge Seife zum Waschen verlangte, wurde ihm auch diese nicht gegeben, trotzdem es seine eigene mit der Kleidung mitgebrachte Seife war. So wäre, wenn dieser Zustand nochmals vier Wochen gedauert hätte, der Junge buchstäblich vor Dreif verkommen. Das muß eine schöne Ordnung und Sauberkeit im Krankenhaus sein. Auch die Haare würden dem Jungen nicht geschneitten. Da er Bonnyschnitt trägt, hängen ihm die Haare schon in die Augen, so daß er sich nicht anders zu helfen mußte, als sich selbst mit der Schere die Haare kürzer zu schneiden.

Die Kranken trugen keine Krankenkleidung, sondern ihre Anzüge. Daß dieselben nicht ganz blieben, ist selbstverständlich, um so mehr, als arme Leute sich kein gutes festes Zeug kaufen können. So zerrißten hier nun der Junge im Krankenhaus herum. Er hat die Schwestern, ihm doch seine mitgebrachten Turnschuhe auszuhändigen. Das wurde verweigert, er mußte in den hohen Lederstiefeln gehen. An den Jungen gerichtete Karten wurden ihm nicht ausgehändigt, sondern nur vorgelesen.

So sieht die „Krankenpflege“ und Kinderfürsorge im fürstbischöflichen Krankenhaus zu Reife aus. Vielleicht werden die Reichen dort besser behandelt. Anstatt den Kranken Leib zu pflegen und sauber zu halten, wird der Rosentanz gemurmelt, ohne Rücksicht darauf, ob die Kranken dabei zugrunde gehen. Dabei wurden der Mutter noch 28,60 M., welche sie als Rente für ihren Sohn erhält, von der Amtsvormundschaft einbehalten, um die Unkosten im „Erholungshjem“ und Krankenhaus zu decken.

Vielleicht geht der Kommunismepressor-Redakteur von der „Volksstimme“ einmal hin nach Reife und überzeugt sich von den Zuständen. Hier wird es aber erst anders werden, wenn weltliche Schwestern die Pflege übernehmen. Die zur Herrschaft gelangende Arbeiterklasse wird solche Ställe gehörig sauber machen.

# Erste Parlamentsfikung in Bobref-Karz

1000 Mark für eine Spazierfahrt der Feuerwehr — 572 000 Mark Schulden von Karz — Die Unterschlagungsaffäre — Der „linke“ Kommunist zeigt sein wahres Gesicht

Zum ersten Male traten die neugewählten Gemeindevorsteher der Groß-Gemeinde Bobref-Karz zu einer Sitzung am Freitag zusammen. Das neue Gemeindevorstandsgremium setzt sich nach der Wahl vom 20. Mai wie folgt zusammen: SPD. 7, Zentrum 6, Ordnungsbund 5, SPD. 4, Linke Komm. 1, poln. Katholiken ebenfalls 1 Vertreter. Sechs kleinere Splittlerparteien erhielten keinen Sitz in der Gemeinde.

Nach Verpflichtung der Neueingeführten wurde die Tagesordnung erledigt, die einige nicht uninteressante Neuigkeiten an den Tag brachte. Den Feuerwehren Bobref-Karz wurde gegen die Stimmen der Kommunisten je 500 Mark (1000 Mark zusammen) für die Fahrt nach Breslau bewilligt, um sich die dort befindliche Ausstellung anzusehen. Die kommunistische Fraktion wandte sich gegen diesen hohen Betrag, da die in Breslau stattfindende Feuerwehr-Kundgebung eher den Charakter einer rein nationalistischen Ostkumgebung als technisch wissenschaftlichen Nutzung trägt. Auch haben sich die Feuerwehren in den letzten Jahren immer mehr als Stützen des Kapitals erwiesen. So wurde in Karz im letzten Jahre durch die militärisch gut disziplinierte Mannschaft des Sozialdemokraten Kozur eine Verarmung der proletarisch freigeistigen Bewegung durch Wasserstrahlen auseinandergetrieben. Die Kommunisten beantragten, den Betrag von 1000 Mark den Sozialhilfebedürftigen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sei eine Delegation von 2-3 Mann ausreißend, die das Geschehene und Gelernte in ihrem Ort ausnützen kann.

In die Staatsratskommission wurden Strzeleß, Tausche, Kozur und Wollnigel gewählt. Zwecks Erlangung von Baugelände von der Schaffgotschen Verwaltung sind beauftragt und gewählt die Mitglieder Strzeleß, Kaller und Tausche, die umgehend mit genannter Verwaltung in Verhandlung eintreten sollen. Man kann heute schon gewiss sein, was die Verhandlungen ergeben werden, da der Vorsteher Strzeleß seit Jahren wegen Erlangung von Baugelände mit der Schaffgotschen Verwaltung verhandelt — mit einem negativen Erfolg. Ebenfalls soll über die Freigabe von Grünflächen in der Gajancerie Schomburg-Drzegow verhandelt werden, die für die öffentliche Wohnungsfürsorge gemacht werden sollen. Aus Mitteln der staatlichen Wohnungsfürsorge stehen der Gemeinde 13 000 Mark, aus Mitteln des Hauszinssteueraufkommens 78 000 M. für das Jahr 1928 zur Verfügung. Die Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken ist an die zu wählende Finanzkommission übergegangen. Schularzt für den Ortsteil Karz bleibt bis zum Ablauf des Vertrages Dr. Wajel. Für die allgemeine Fürsorge soll ein Vertrag mit Dr. Wajel abgeschlossen werden. Zum Schiedsmann wurden gewählt: Rektor Lompa und dessen Stellvertreter Karwath, gegen die Stimmen der Kommunisten.

Arbeiter aufgepaßt:  
Der linke Kommunist Weder stimmte für den bürgerlichen reaktionären schwarzweißroten Rektor Lompa und gegen den Arbeiter Karwath oder enthielt sich der Stimme.

Zum Schulneubau wurde, nachdem von der Provinzialbank 150 000 Mark statt der geforderten 100 000 mit einem Zinsfuß von 7 Prozent und einem Auszahlungsfuß von 72,75 Mark ein Darlehen in der Höhe der überwiesenen Summe einstimmig genehmigt. Für den Ortsteil Karz sind 7000 Mark für die Regenwasserkanalisation und 5500 Mark für Befestigung des Bürgersteiges genehmigt. Als Ablösungssumme erhält die Amtsgemeinde Michowitz den Betrag von 11 000 Mark, den der Ortsteil Karz an genannten Amtsbereich schuldet. Zum Schluß gibt Gemeindevorsteher Strzeleß einen Bericht über die Vermögensübernahme von Karz. Dieser Bericht ist jedoch noch nicht endgültig, da die Revision noch nicht abgeschlossen ist. An Schulden übernimmt die Gemeinde mit der Übernahme von Karz nicht nur 402 000, sondern hierzu nicht angegebene Zahlungsverpflichtungen von 170 000 Mark, so daß zusammen 572 000 M. in Betracht kommen. Ferner wurde berichtet, daß in der Zeit vom Jahre 1925 bis heute 23 000 plus 11 000 Mark, zusammen 34 000 Mark durch den Karzführer Drzegow, der fähig geworden ist, unterzulegen wurden. Der Kommunistiche Gemeindevorsteher Strzeleß erklärt hierzu:

Diese Schulden dem Kommunalleiter Dr. Urbanczyk allein zuzurechnen, da er verantwortlich sei, wäre falsch, nachdem der Ge-

meindevorsteher A. D. Urbanczyk zu seiner Verteidigung nachwies, daß außerordentliche Revisionen in den Jahren 1925 am 11. März, 1926 im Januar und 1927 am 24. April stattgefunden haben, und diese Prüfer vereidigt geprüfte Kassenschriften von der Aufsichtsbekörde waren und zu der Kassensführung keinerlei Beanstandungen gemacht haben. Die Hauptschuld trifft hier zweifellos die Aufsichtsbekörde, den Kreis, den Landrat Dr. Urbanczyk mit seinem Kassensprüfer Direktor Dolczyk, die jahrelang „geprüft“ hatten oder auch nicht geprüft hatten, da sonst derartige, zudem plumpe Verfehlungen in dieser Höhe nicht hätten vorkommen können. Um für die Zukunft die Gemeinde vor derartigen Verfehlungen zu schützen, wird es besondere Aufgabe und Pflicht der neuen Gemeindevorsteher sein, eine genaue Prüfung der Monats- und Jahresrechnung vorzunehmen.

Die kommunistische Fraktion stellte den Antrag, eine Revisionskommission zu wählen. Hossentlich werden durch die Revision mit Hilfe der Gemeindevorsteher die Schuldigen so gefast, daß der Betrag seine Sühne findet, da sogar Gelder aus der sozialen Fürsorge unterschlagen wurden, deren Betrag noch nicht genannt oder noch nicht endgültig festgestellt wurde. Ueber den endgültigen Ausgang der Feststellung werden wir berichten.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden nochmals die Gehälter der Gemeindevorsteher des Ortsteils Karz gemäß der neuen Befehlsordnung festgelegt. Für das Gehalt des Gemeindevorsteher von Karz, Dr. Urbanczyk, in Höhe von 11 500 Mark stimmte mit den Bürgerlichen der „linke“ Kommunist Weder. Dagegen stimmte Weder gegen das Gehalt eines kleinen Beamten in Höhe von 4200 Mark jährlich. Damit hat Weder als linker Kommunist seine Frage gezeigt. Sein Wahlpruch heißt: Mit der Bourgeoisie für die Höfen alles, für die Kleinen nichts. Das war auch der Zweck seines Meinengangs in der Gemeindevorsteherwahl. In der kommunistischen Partei mußte er Disziplin halten, was ihm nicht paßte. Jetzt als Alleingänger kann er machen, was er will. Die Arbeiter müssen sein Treiben genau beobachten.

## Gegen die Erhöhung der Knappschaftsbeiträge

Die Belegschaft der Preußengrube nahm in ihrer letzten Belegschaftsversammlung folgende Entschliesung an:

Die am 10. Juni 1928 im Schindlerschen Saale tagende Belegschaftsversammlung der Preußengrube nimmt von der Bekanntmachung der Oberschlesischen Knappschaft vom 11. 5. 1928, Geschäftszeichen Z. R. 4/740, Kenntnis. Die Belegschaft protestiert energig gegen jede Erhöhung der Beiträge. Die Belegschaft gibt zu, daß die Krankenziffern gestiegen sind und die Ausgaben mit den Einnahmen übereinstimmen müssen. Daß die Krankenziffer von Monat zu Monat größer wird, begründet die Belegschaft damit, daß:

1. die vielen Kriegsverletzten und die vielen aus dem Kriege zurückgekehrten Mitglieder, welche sich verschiedene Krankheiten im Felde (Schützengraben) zugezogen haben, erhöhen allein die Krankenziffer von Monat zu Monat,
2. die Unfallkranken durch das Antreiberssystem entstehen,
3. die maschinelle Einrichtung den menschlichen Körper ganz zerstört.

Die Belegschaft ersucht daher die Bezirksknappschaft, zu Punkt 1 auf die Regierung einzuwirken, daß diese sich einverstanden erklärt, sämtlichen Kriegsverletzten und sämtlichen sich im Kriege zugezogenen Krankheiten aus Staatsmitteln Krankengeld und Verpflegung zu gewähren. Zu Punkt 2 und 3 wird die Bezirksknappschaft ersucht, auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß diese die Ausgaben, die über die Einnahmen gehen, decken. Ferner ersucht die Belegschaft die Bezirksknappschaft, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß die Kriegsanzulose voll ausgewertet und an die Bezirksknappschaft abgeführt wird. Weiter verlangt die Belegschaft, daß auch die Städte, die vor 1914 von der oberchlesischen Knappschaft Gelder geborgt haben, dieselben voll aufzuwerten und die Zinsen zu bezahlen haben. Ein mühevolliges Krankheitsunter der Belegschaft besteht nicht.

## Genosse!

# Die Wochenausgabe

Ist das beste Mittel zur Vertiefung des G.B.

# Willst du zurückstehen?

## Organisiere auch in deiner Ortsgruppe den Verkauf

## Gielwitz

Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes, Zweigstelle Oberschlesien, für die Zeit vom 4. bis 9. Juni betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ohne die Kostensarbeiter 11 069 Personen. Arbeitsuchende wurden 20 134 gezählt. Das Arbeitsamt gibt folgenden Kommentar: In der Berichtswochen ist ein weiterer Rückgang der Arbeitsuchenden und Hauptunterstützungsempfänger zu beobachten gewesen. Beteiligt waren hieran insbesondere die Landwirtschaft und das Baugewerbe. Der Rückgang der Arbeitsuchenden im Bezirk der Provinz Oberschlesien beträgt in der Berichtswochen rund nur 1000. Die Zahl der Arbeitsuchenden liegt um etwa 2800 tiefer als zu der gleichen Zeit des Vorjahres. In dem saisonmäßigen Aufschwung des Arbeitsmarktes macht sich ein weiterer Stillstand bemerkbar. Es wäre jedoch verfrüht, hieraus schon auf eine weitere ungünstig sich vollziehende Entwicklung Schlüsse zu ziehen.

## Hindenburg

Arbeiter, meidet Lokale, wo eure Söhne geprügelt werden!

Das Lokal des Herrn Zimmermann, „Bratwurstdöle“, am Bahnhofplatz ist weiten Kreisen bekannt. Bekannt ist auch der Inhaber dieses Lokals, Herr Zimmermann, bei dem nach seiner Meinung das Personal „nach seiner Pelfe“, wie er stets beliebt zu sagen, tanzen muß. Aus dem vor Jahren geführten Kellnerzettel ist dieser „nationale“ Held bekanntgeworden. Daß Zimmermann immer noch seine alten Methoden anwendet, hierfür sei folgender Fall angeführt:

Am Sonnabend, dem 9. Juni, verabsolgte der Geschäftsführer des Lokals ohne besonderen Grund dem Zigaretten-Boy eine Ohrfeige. Allein bei dem blieb es nicht. Der Chef, Herr Zimmermann, wurde herangerufen, nahm den Jungen in die Nähe und nochmals gab es Ohrfeigen, so daß sich die Gasse im Lokal bewegen aufhielt. Was eigentlich Veranlassung hierzu gab, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber soviel steht doch fest, daß Zimmermann und sein Geschäftsführer kein Recht haben, den Jungen zu prügeln.

Die Arbeiterklasse mühte solche Lokale, wo ihre Söhne geprügelt werden, meiden. Die Gewerbeaufsicht möge auf diesen Betrieb besonders achten. Ein ehemaliger Gast.

Familien-Ausflug der Roten Hilfe nach Jakobswalde am 15. Juli 1928 mit Autos. Sammelplatz: Montag-Bochensmarktplatz, Abfahrt 8 Uhr vorm. Fahrpreis: Erwachsene 1 M., Kinder 50 Pf. Fahrkarten sind auf dem Büro in Hindenburg, Schkephplatz 12, und bei allen Funktionären zu haben.

## Oppeln

Es war kein Geschenk

Die bürgerlichen Zeitungen berichten: „Wertmeister Robert Jagusch, bei der Firma Gahmann u. Rothmann hierseits, feierte sein 25 jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß übergab ihm die Firma ein Sparlaffenbuch über 150 Mark und beglückwünschte ihn durch die Firmeninhaber.“

Sicherlich wird der Jubilar das Sparlaffenbuch freudig empfangen haben. Er wird ja das Geld gebrauchen können. Aber er hat bestimmt nicht daran gedacht, daß das Geschenk eigentlich nur einen ganz kleinen Teil von dem Betrage darstellt, um welchen ihn der Unternehmer während seiner Tätigkeit durch Unterbewertung seiner Arbeitskraft betrogen hat. Es ist so unter dem Kapitalismus, daß jeder Arbeitnehmer, und dazu gehört eben auch ein Meister, seine Arbeitskraft dem Unternehmer billiger verkauft muß. Je billiger der Kapitalist diese Arbeitskraft erhalten kann, um so größer wird der Profit, den er mit den von den Arbeitern geschaffenen Werten erzielt. Das Geschenk ist also in Wirklichkeit kein Geschenk. Nur in einem Sowjet-Deutschland wird eine Verringerung dieses Zustandes eintreten. Dann wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhören.

Die Freidenkerversammlung besuchen, ist Pflicht eines jeden Genossen!

Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz und Anträge zur Generalversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung stehen als wichtigste Punkte auf der reichhaltigen Tagesordnung der am Donnerstag, dem 14. Juni, 1930 Uhr im Schützenhaus, Obervorstadt, stattfindenden Mitgliederversammlung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird das Erscheinen aller Genossen erwartet.

Fromme Leute. Am Sonntag fand die Fronleichnamprozession der Peter-Paul-Kirche statt. Die Prozession wird immer am Sonntag nach Fronleichnam abgehalten, da beide Kirchen sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen wollen und bei jeder Prozession recht viel Mühe mitmachen sollen. Im Zuge sah man unter anderen die Fleischereinnung. Als sich die sogenannte heilige Handlung am Altar des Schnellbermeisters Bittner abspielte, standen die Fahnenträger dieser Innung am Lokal Nilsch. Das hatte zur Folge, daß die Felder pöhllich einen morbidschönen Duft bekamen. Schnurstricks übergeben sie die Fahne den anderen und türmten in die Kneipe. Dort tanzten sie das edle Paß so lange, bis draußen sich der Zug in Bewegung setzte. Nun übernahmen sie wieder die Fahne und zogen mit feierlichen Gesichtern weiter. — Wunderbare Christen.

Maulhelden. Der schwarzweißrote Marinerverein veranstaltete am Sonntag sein 30 jähriges Stiftungsfest. Zum Schluß war man fast entzündet, so daß man die Kapelle nicht zum Hause gehen lassen wollte. Anbauern wurde gebrüllt: „Deutschland, Deutschland über alles“, „O Deutschland hoch in Ehren“ und daß man im Sturmgebirgs aushaften will. Na, abwarten, die Zeit wird kommen. Aber dann nicht im Kellerloch vertrieben!

# „Haus der Arbeiterpresse“

Sozialdemokratische Geschichtsklitterung auf der Presse

„Mensch — wir werden doch nicht das ausstellen, was uns schadet und unsere Partei blamiert.“

Ein Mitarbeiter der Ausstellung der sozialdemokratischen Presse auf der Internationalen Presseausstellung in Köln verteilte mit diesen Worten das, was das „Haus der Arbeiterpresse“ enthält. So erzählt man in eingeweihten Kreisen der Presse.

Was wird denn in diesem Haus gezeigt?

Die Ausstellung des ADGB und der Gewerkschaftspresse, die einen Teil des „Hauses der Arbeiterpresse“ einnimmt, ist idyllisch langweilig. Die Langfingrigkeit und Trockenheit der Gewerkschaftspresse in potenziertem Maße gähnt uns entgegen.

Wir gehen an der Wand lang. Eine gedrängte Darstellung der Entwicklung der sozialdemokratischen Presse erweckt unser größtes Interesse. Vom „Pfeifischen Landboten“ Georg Büchners aus der vorrevolutionären Epoche über die „Rheinische“ und „Neue Rheinische Zeitung“ der Revolutionsjahre um 1848 bis zum „Sozialdemokraten“ des Sozialistengesetzes — nur die wichtigsten Stappen sind damit angebeutet — haben wir ein Stück bester revolutionärer Tradition der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung vor uns.

Aber, so fragt sich mancher Besucher dieses Raumes, was hat die Fokussierung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem gemein, was alle die Träger glänzender Namen aus den ersten Jahrzehnten der deutschen Arbeiterbewegung gewollt haben? Ist es nicht eine Schandung dieser Namen, daß die Parteien, die einen Noke in ihren Reihen zählt, das Wirken der Altimeister des Sozialismus für sich reklamieren?

„Aber — Mensch, wir werden doch nicht...“

Richtig. Jedes Mittel ist dieser Partei recht, um den Arbeitern vorzutun, das zu sein, was sie seit dem 4. August 1914 aufgehört hat zu sein.

Jedes Mittel. Da ist ein Kasten: „Die uns geführt.“ Photos von alten und neuen Größen der Sozialdemokratie. Unter anderem Friedrich Ebert und — Rosa Luxemburg! Der, der den Plan zur Ermordung der deutschen Revolution machte und Rosa Luxemburg, die von den Soldaten der Ebert-Scheidemann ermordet wurde. Genet und Döfer.

„Hunderttausend Karl Kopirämie für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.“

„Die uns geführt“ — „Mensch, wir werden doch nicht...“

Wahlplakate der SPD. Auf einem eine lange Front von Steleten. Stahlhelme auf den Köpfen. Unterschrift: „Jede Stimme den Kriegsegnern.“ Dieser Bazillismus macht die Kriegsbegeisterung der Sozialdemokratie der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht vergessen.

„Wir sehen einen Kasten: „Die Sozialdemokratie im Krieg.“

Vor diesem Kasten bleibt einem die Spude weg. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die schamlose Frechheit, mit der als Dokumente der Sozialdemokratie aus der Kriegszeit reklamiert werden, oder den Hybris gegenüber den Ausstellungsbesuchern und gegenüber der eigenen Partei der Aussteller.

Ja, darauf waren und sind sie stolz.

Nächstes Dokument: „Der Sozialdemokrat“, das Stuttgarter Oppositionsblatt vom 27. März 1916. Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Arthur Crispian. Das war der Crispian, der noch später sogar vor dem Eintritt in die USPD, mit jenem bekannten Artikel „Nicht in den Sumpf“ warnte und der heute Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, der Noke-Partei, ist. Auf dem erwähnten Blatt lassen anderthalb Spalten Zensurkunden. Aus dem nachfolgenden Text ist ersichtlich, daß die Erklärungen Liebknechts und Kühle's, die sie am 20. März 1916 im Reichstag bei der Abstimmung zum Viat abgegeben haben, dem Stiff des Zensurs zum Opfer gefallen sind. „Der Sozialdemokrat“ und diese Erklärung sind zwar eine eindeutige Anklage gegen die Kriegspolitik der Sozialdemokratie. Das hindert sie aber nicht, diese Dokumente und noch andere für sich zu reklamieren. Die Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Reichstag gegen Liebknechts Erklärung gegen die Kriegskredite sucht man vergebens in den ausgestellten Kriegsdokumenten.

Was nun kommt, das ist so ungefähr das tollste. Ein rotes Plakat, langer, enger Text, große, fetze Überschrift: „Hunger“. Ein Flugblatt, das der Spartakusbund im Mai-Juni 1916 illegal herausgegeben hat.

Sowiel Objektivität hat wohl kein Mensch von der Sozialdemokratie verlangt, daß sie auf der Presse nur Dokumente über den Krieg ausstellt, die eine schreiende Anklage gegen die Kriegspolitik der Sozialdemokraten darstellen.

Warum sie es tut? Na — „Mensch, wir werden doch nicht das ausstellen...“

Die Reihe der Kriegsdokumente schließt der Stuttgarter „Sozialist“ vom 6. November 1918, das Organ der Unabhängigen, mit der „Revolution“ von Freiligrath auf dem Titelblatt ab.

„Gehen wir weiter. Ein besonderer Kasten: „Religiöse Sozialisten.“ Zeitschriften wie: „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, herausgegeben vom Bund der religiösen Sozialisten. Mitteilungsblätter dieses Bundes aus Karlsruhe, Köln, Berlin. Darunter ein Kasten mit dem „Atheist“ und dem „Freidenker“. Ja, die Sozialdemokratie hat ein weites Herz. Der Magen verdaut alles.

Ein Kasten über den Kapp-Putsch. Rann? Ja — ein Flugblatt, unterzeichnet von Weis: „Legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik!“

Wie radikal! Aber da ging es auch um Minister- und Präsidentschaften. Da waren die Ebert, Scheidemann, Noke in Gefahr. Als die Gefahr vorüber — ging es mit den Freikorps Arm in Arm gegen die Arbeiter. Nicht wahr, Herr Severing?

Im gleichen Kasten zwei Exemplare der „Leipziger Volkszeitung“ vom Oktober 1923, die sich gegen den Reichsmehrheitswahl in Sachsen wenden. Warum nicht das Dekret von Ebert, das alle Macht an Ebert gibt? Warum nichts darüber, daß Ebert und seine Freunde die Demokratie durch die Reichswehr interpretieren ließen und in Sachsen 36 Arbeiter als Opfer der Söldlinge Eberts auf der Strecke blieben?

„Mensch, wir werden doch nicht...“

Das ist es ja eben, was diesem „Haus der Arbeiterpresse“ auf der Presse den Stempel aufdrückt: „Mensch, wir werden doch nicht ausstellen, was...“

## Die Hilfsmassnahmen für die „Stalia“

Pingsttag, 12. Juni. Die „Citta di Milano“ hat am Dienstag um 10.30 Uhr von der „Stalia“ weitere Signale aufgefangan, die jedoch äußerst schwach waren. Soweit sie gebeutet werden konnten, hat Nobile mit dreien seiner Landsleute es ausgegeben, weiter durch das Padeis nach Westen vorzubringen, und ist nach der Radiostation zurückgekehrt. Die drei anderen Männer aber haben den Marsch fortgesetzt. Die Auffindung dieser Leute wird so gut wie unmöglich sein.

## Ein russischer Eisbrecher unterwegs

Moskau, 12. Juni. Der russische Eisbrecher „Malignin“ ist heute von Archangell am Weissen Meer ausgelaufen, um General Nobile und seiner Mannschaft Hilfe zu bringen. Der „Malignin“ ist speziell für die Eisverhältnisse um Spitzbergen und Kaiser-Franz-Josef-Land gebaut und bietet nach Ansicht von Kennern der dortigen Verhältnisse die beste Aussicht für ein Vorbringen nach Norben. Am Donnerstag wird das russische Hilfsschiff „Krasin“ aufbrechen, um gemeinsam mit der „Malignin“ die Nachforschung nach Nobile aufzunehmen. Die „Krasin“ wird ein dreimotoriges Junters-Flugzeug an Bord nehmen, mit dem ausgebeutete Erkundungsflüge ausgeführt werden sollen.

## Der erste Raketenflug

Fulda, 12. Juni. Gestern abend fand auf der Wasserlupbe der erste Flugversuch mit einem bemannten Raketenflugzeug statt. Der Versuch soll zu vollkommener Zufriedenheit ausgefallen sein. Das Flugzeug wurde von dem Piloten Stamer gesteuert. Es beschrieb einen Bogen von etwa 30 Metern. Der nächste Flugversuch soll nach Verbesserungen in etwa drei bis vier Wochen erfolgen.

## Ein Raketenboot

München, 12. Juni. Am Chiemsee wird Diplomingenteur Binder, der nach dem Vorbild Opel's ein eigenartiges Raketenboot konstruiert hat, das zum Patent angemeldete Boot am 23. Juni im Betriebe vorführen.

## Vereinigte Theater Breslau

**Lobe-Theater**  
Von Sonnabend, den 9. 6. bis Sonnabend, den 16. 6. täglich 20 Uhr  
Zum ersten Male:  
**Saisonverkauf 1928**  
Revue  
Texte von Paul Barnan und Carl Febr  
Musik von Harry Dalton.  
Dienstag, den 12. 6. 15<sup>1/2</sup> Uhr  
zu kleinen Preisen  
Der Diktator

**Thalia-Theater**  
Von Sonnabend, den 9. 6. bis Sonnabend, den 16. 6. täglich 20 Uhr  
Zum ersten Male:  
Der letzte Schleier  
Ein Stück in 3 Akten  
von G. W. Wheatley.

**Schauspielhaus Breslau**  
Operettenbühne  
Telephon Nr. 36300  
Täglich 20 Uhr  
**Die singende Venus**  
Sie verdienen täglich

10 Mark mit Schürfenkel  
Nur personal kommen  
**Reste**  
in Serge, Mittel, Leinwand, Aermelstuler  
Kopfsaar, Gasa, Knöpfe  
Kerzfesse, Erdal  
alles sehr billig  
prima Ware  
Detail und Engros  
**Borth Lippert**  
Breslau  
Deutrichstraße 16  
Filiale: Oberstr. 17  
Weißberggasse 43

**Inserate**  
haben in  
unserer Zeitung  
**guten**  
**Erfolg**

**Stadttheater Breslau (Opernhaus)**  
Mittwoch, 20 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie G 21  
Abschiedsvorstellung Peter Hufel  
**Die Helle**  
Donnerstag, 20 Uhr  
Erstaufführung  
Der Jar löst sich photograblieren  
hierauf  
Das Fest des Königs  
Freitag, 20 Uhr  
Abonnement-Vorstellung Serie H 21  
Der Wokillen von Konjumeau  
hierauf  
Das Fest des Königs  
Sonnabend, 20 Uhr  
Zum letzten Male  
Jenny spielt auf  
Sonntag, 20 Uhr  
Hofmanns Erzählungen

**Wandleihhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Verleihung h. Anzügen, Wäsche  
und Schmuckstücken

Das Schaufenster der  
Wurstfabrik  
**Georg Weis**  
Breslau, Matthiasstr. 177  
zeigt Ihnen  
das beste und billigste  
in dieser Woche

**Beerdigungsmantel**  
**C. Heymann**  
Bepattungs-Versicherung  
Ueberführung  
und Feuerbestattung  
Rieserstr. 37. Zweiggeschäft Grö-  
bener Str. 37. — Tel. 58747

In dieser Woche  
der große  
**Reste**  
**Verkauf**

Wäschestoffe, Inletts  
Damaste, Wallis  
Bandtücher, Tischtücher

Reste  
von  
**Waschstoffen**

Reste von Gardinen  
Möbelstoffen, Läufem  
Linoleum



Wir eröffnen am **15. Juni**  
unsere  
**60. Verteilungsstelle**  
**Hummerci 25**

Werden Sie Mitglied, wahren Sie Ihren Vorteil!

Im wirtschaftlichen Zusammenschluß liegt die Stärke  
der Verbraucher!

**Konsum- und Sparverein**  
**„Vorwärts“**  
für Breslau und Umgegend

**Möbel**  
Küchen, kompl., 7-tlg. von 80.— Mk. an  
Schränke, pol., 2-türig von 60.— Mk. an  
Ausziehtische. . . . von 38.— Mk. an  
Polierte Stühle. . . . von 5.50 Mk. an  
Preisw. Schlaf-Herren- u. Speisezimmer  
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflege-  
matratz. u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel  
**Blener & Dührig**  
Sittate und Möbel / en detail, en gros  
Matthiasstr. 107 u. Weidenbergweg 18/20

**Ämtliche Bekanntmachung**  
von Dittersbach  
Die nächste öffentliche Gemeinde-  
vertreter-Sitzung findet am Freitag, dem  
15. Juni 1928, nachmittags 5 Uhr im  
Gemeindeverordneten-Sitzungssaal statt.  
Die Tagesordnung kann im Auszug  
bei Ämtshaus eingesehen werden.  
Dittersbach, den 12. Juni 1928.  
Kra. Waldenburg i. Schlef.  
Der Gemeindevorsteher  
Koeßler.

**Ämtliche Bekanntmachung**  
von Weißstein.  
Öffentliche Ausschreibung.  
Die Ausführung der Eisenbetonarbeiten  
zum Neubau eines Jugend- und Wohl-  
fahrtshauses in Weißstein wird hiermit  
öffentlich ausgeschrieben.  
Angebotsvordrucke können, soweit der  
Vorrat reicht, ab 13. d. Mts. im hiesigen  
Gemeinde-Bauamt gegen eine Gebühr von  
4.- Mark abgeholt werden. Sonstige Ver-  
bindungsunterlagen, allgemeine Vertrags-  
bedingungen und technische Vorschriften  
für Bauleistungen liegen im hiesigen Ge-  
meinde-Bauamt zur Einsicht aus.  
Die Angebote sind mit entsprechender  
Aufschrift im verschlossenen Umschlag bis  
22. Juni 1928, vormittags 9 Uhr, dem  
Gemeinde-Bauamt zurückzureichen, wo  
zur selben Zeit Öffnung und Bekannt-  
gabe der Angebote erfolgt.  
Ausführungszeit: Juni bis September.  
Zuschlagsfrist bis zum 1. Juli 1928.  
Weißstein, den 11. Juni 1928.  
Der Gemeindevorsteher

Genossen! Beachtet unsere Inserenten!



Erste Aufnahmen vom chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz. — (Links): Flucht der Tschangtschou-Soldaten. Verwundete werden mit Koffern nach den überfüllten Bahnstationen gebracht. — (Rechts): General Fukuoka, Kommandant der 6. Japanischen Infanteriebrigade, die durch das Bombardement der Stadt Tsuanfu mehr als 1000 chinesische Frauen und Kinder massakriert hat.

# Heilige Pflicht!

Heute tritt der neue Reichstag zusammen. Da ist es Zeit, daran zu erinnern, daß der alte Bürgerblock-Reichstag seine arbeiterfeindliche Tätigkeit mit der Ablehnung des kommunistischen Amnestie-Antrages abschloß. Denn zu den allerersten Forderungen, die die Arbeiterschaft dem neuen Reichstag zu präsentieren hat, muß die Forderung nach einer Generalamnestie für alle politischen Gefangenen des Proletariats gehören.

Für den Klassenbewußten Arbeiter ist es eine heilige Bruderpflicht, für die Klassengenossen sich einzusetzen, die um der politischen Interessen der Arbeiterschaft willen der Justiz des Kapitalistenstaates zum Opfer gefallen sind. 325 unserer Brüder und Kampfgenossen liegen heute noch in den steinernen Käfigen, hinter Eisentüren und Fenstergittern lebendig begraben. Brüder, die zusammen mit uns kämpften für unsere Sache, die auch die ihrige war!

Arbeiter! Sag, wo willst du stehen? An der Seite deiner Klassenbrüder? Oder an der Seite der bürgerlichen Klassengerichtlichen? Wenn du nicht mit den Unterdrückten und Feinden der Arbeiterklasse gehst, dann mußt du dich einsetzen für die Befreiung deiner gefangenen Kameraden!

Die 325 politischen Gefangenen des Proletariats könnten heute frei sein, wenn nicht die sozialdemokratischen Führer die Amnestie vereitelt hätten. Kollegen, wist ihr, was es heißt: frei werden nach jahrelanger Finklerung? Ihm erst könnt ihr erweisen, was es bedeutete, daß die SPD-Führer die Freilassung dieser Genossen verhinderten!

Max Hoels, Margies und die zahllosen anderen eingekerkerten Klassengenossen auf freiem Fuß während des Wahlkampfes, aktiv teilnehmend an der Mobilisierung der proletarischen Massen — diese Vorstellung war unerträglich für die sozialdemokratischen Führer.

Durch ihren Amnestieverrat suchten sie auf Kosten der proletarischen politischen Gefangenen ihre Wahlausichten zu verbessern. Die Folge dieser schamlosen Spekulation — das sind die gefangenen Klassenkämpfer, die noch heute hinter Kerkermauern leiden! Soll ihr Schicksal fortauern? Soll die Justizhände an Max Hoels noch verlängert werden? Sollen unsere Kameraden auf dem Asperg und die 300 anderen länger in ihren Kerkergräbern eingeschlossen sein?

### Die Arbeiterschaft muß es verhindern!

Die Arbeiterschaft muß und wird dem zusammen tretenden Reichstag, den um ihre Ministeressel feilschenden Parteien mit aller Deutlichkeit ihren Ruf in die Ohren gellen:

### Heraus mit den politischen Gefangenen!

Die Arbeiterschaft darf und wird keine Ruhe geben, solange noch ein einziger dieser Klassenkämpfer hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern schmachtet. Die Arbeiterschaft weiß, daß nur unter dem Druck der Massen die bürgerlichen Parteien und die kommende Koalitionsregierung einer Amnestie zustimmen werden.

Darum gilt es, die breiteste Mobilisierungsarbeit zu leisten, um den Herrschenden zu zeigen, daß der Schrei nach der Amnestie getragen ist von den Millionenmassen der arbeitenden Bevölkerung.

Darum, Genossen, Kollegen, in allen Orten entfacht die Amnestiebewegung! Eure Kampfanlage gegen die verurteilte Klassenjustiz, unter der die gesamte Arbeiterschaft aufschmerzte leidet, sei zugleich ein brüderliches Treuebekenntnis zu allen denen, die als Opfer der Klassenjustiz auf die Stunde warten, wo ihnen die Freiheit erkämpft wird, durch uns, durch euch, durch die deutsche Arbeiterschaft!

# Die Schuld an der Eisenbahn-Katastrophe

Darüber schreibt die „Rote Fahne“:

Der D-Zug 47 rastete in den aufdämmernden Morgen, bejeht mit zufälligen Reisenden und zahlreichen Eisenbahnern, die von einem Stellwerkstruck aus München kamen. Da brach, als eine Kurve nach Siegelshof in 80-Kilometer-Tempo durchfahren wurde, die schreckliche Entgleisungskatastrophe über die Alhningsthalen herein. . . Die Ursache: Defekte Schienen? Durch Unwetter unterjübler, nicht kontrollierter und nicht sofort ausgebesselter Oberbau? Achsenbruch? Oder ein Zusammentreffen von mehreren dieser Momente?

Die Frage nach der Ursache dieser Eisenbahnkatastrophe ist gleichzeitig die nach der Schuld. Man kann nun sagen: Solange es Eisenbahnen gibt, sind auch Eisenbahnunglücksfälle nicht ganz zu vermeiden. Diese Tatsache wird niemand bestreiten. Aber darum dreht es sich nicht angeht, daß sich stetig häufenden großen Eisenbahnkatastrophen der letzten Jahre. Sie weisen auf das Bestehen eines Systems bei der Reichsbahn hin, das systematisch solche Katastrophen begünstigt und eine Gefahr für das Leben der Reisenden darstellt.

Nach der Annahme des Dawes-Planes im Jahre 1924 legten die großen Massenentlassungen bei der deutschen Reichsbahn ein. Zahlreiche Arbeiter und untere Beamte flogen aufs Pflaster, um das Ausbeutungstempo der im Dienst Bleibenden zu steigern und ihre Arbeitszeiten endlos auszudehnen. Ueberarbeitete untere Beamte, starke Verlotterung der Schienen und des Oberbaues, sehr eingeschränkte Kontrolle der Strecken — dies alles diente dazu, aus der Reichsbahn Hunderte von Millionen Mark jährlich für die Dawes-Zahlungen herauszuwirtschaften. Gerade seit der Einführung des Dawes-Systems bei der Reichsbahn, das seit zwei Jahren im Generaldirektor Dorpmüller den passenden Ausbeutungsdiktator gefunden hat, häuften sich die furchtbaren Zugkatastrophen. In Bayern, wo ein alter reaktionärer Apparat die Aus-

beutungsmethoden der anderen deutschen Länder noch zu übertreffen versuchte, wurde in den vergangenen Jahren ein Rekord an großen Eisenbahnunglückskatastrophen erreicht. Wir erinnern an das Zugunglück am Münchener Ostbahnhof Pfingsten 1926, das 28 Todesopfer zur Folge hatte; an das große Zugunglück bei Langenbach im August 1926, wo der Zug ebenfalls den Bahndamm hinunterstürzte und elf Tote zu beklagen waren. Dazwischen erfolgte der Einsturz der großen Mainbrücke bei Lichtenfels, wobei der D-Zug München-Berlin noch im letzten Augenblick einem grauenhaften Todessturz entging. Zu gleicher Zeit wurde in Persching in Oberbayern nur knapp ein Zugzusammenstoß verhindert. Dazu kommen die zahlreichen kleineren Zugunfälle. Als nach der Zugkatastrophe am Münchener Ostbahnhof die Reichsbahndirektion die Schuld auf den Lokomotivführer Kubele schieben wollte, ergriff der Einheitsverband der Eisenbahner, Bezirk Südbayern, in der Öffentlichkeit das Wort und schilderte das Wortsystem an der Dawes-Dorpmüller-Bahn. Er enthüllte, daß die „wahnsinnige Personaleinsparung“ zu Dienstzeiten bis zu 27 1/2 Stunden (mit 5 Stunden Unterbrechung) führte. Dienstzeiten von 10, 12, 14, ja 18 Stunden sind das übliche. Dieses Ausbeutungssystem im Interesse der Dorpmüller-Verwaltung, der deutschen kapitalistischen Regierung und des Dawes-Agenten ist seitdem weder in Bayern noch im Reich gemildert worden. Beispielsweise das Altenat bei Leisferde, das 21 Todesopfer forderte, hätte niemals glücken können, wenn eine normale Eskredentkontrolle, so wie vor Einführung des Dawes-Systems, vorhanden gewesen wäre.

845 Millionen Mark im Jahre 1925/26, 840 Millionen im Jahre 1926/27, 950 Millionen im Jahre 1927/28 und 950 Millionen im Jahre 1928/29 werden an Dawes-Zahlungen aus der Reichsbahn herausgeholt, nach dem Willen der Parteien von der SPD. bis zu den Deutschnationalen. Diese Riesensummen sind im wahrsten Sinne

des Wortes aus den Knochen und dem Schweiß der Arbeiter und unteren Beamten der Dawes-Bahn gepreßt und zugleich auf Kosten der Fahrsicherheit der Reisenden erraubert.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat nach dem großen Zugunglück am Münchener Ostbahnhof im Reichstag die Forderungen erhoben: unter Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Betriebsräte Neueinstellungen an Personal vorzunehmen, um wieder die Verkehrssicherheit herbeizuführen, den Achtsundentag der Arbeiter, der unteren und mittleren Beamten zu garantieren und die Opfer der Katastrophe von der Verwaltung der Dawes-Bahn voll zu entschädigen.

Diese Forderungen sind natürlich von allen Parteien des Reichstages abgelehnt worden. Die Präsidenten mit ihren Kneipengehältern wirken weiter als Sklavenhalter im Dienste der großkapitalistischen Vertreter in der Reichsbahnverwaltung und des Dawes-Agenten. Es gilt erneut, diese Forderungen zu erheben und das Dorpmüller-Dawes-System als den Schuldigen an der gesteigerten Verkehrsunsicherheit auf der Reichsbahn zu erklären! Fort mit diesem Schandsystem! Fort mit der Koalitionspolitik der SPD, die dieses System ermöglicht!

## Kaiser Wilhelm, König Rupprecht, König Alfred und Reichspräsident Hindenburg

Begrüßungsabend des „Deutschen Offiziersbundes“ macht in Kriegsbege und monarchistischer Propaganda

(Von einem Sonderberichterstatter)

Berlin, 12. Juni.

Der „Deutsche Offiziersbund“ — wie sich der monarchistische Propagandabund der abgetakteten wilhelminischen Offiziere, gleichzeitig Versorgungsanstalt der Helden der großen Zeit, auf Kosten der republikanischen Steuerzahler, nennt — hält gegenwärtig seinen Bundestag 1928 ab. Er hatte gestern zu einem Begrüßungsabend eingeladen. Ort der Handlung: Platz der Republik. In der Einladung hieß es rüchichtsoll nur: „Bei Kroll, nächst der Siegessäule.“ Von den eingeladenen und erwarteten 2500 Klemmerladen-Besitzern waren allerdings kaum 600 bis 700 erschienen. Auch hier raucht der deutsche Pfeitegeier durch den Saal.

Um so byzantinischer tobte sich der übriggebliebene Klängel aus. Als um 1/9 Uhr abends unter Fanfarengebröhl der Hengst von Delz in Friedenshularenuniform feierlich im Saale Einzug hielt, da gab es den ersten Höhepunkt der Begeisterung der Hohenzollernschranzen. Die alten und die weniger alten Weiber wüchsten im tiefen Hoffnick den Boden. Ein atemberaubendes Gebränge entstand, um einen Strahl der kronprinzlichen Sonne zu ergötzen. Aufgeregt schnarrten und waddelten die aufgelahten Erzkelzen.

Dann verlas der verfallene Bundesvorsitzende, der General Houtier, seine Begrüßung. Darauf ließ sich der Balkimmer, Graf v. d. Golz, vernehmen. Zunächst begrüßte er unter großem Beifall den anwesenden Schnapbrenner Seidte vom Stahlhelm, der es am besten verstanden habe, die Traditionen der alten Armee in seiner Organisation fortzuführen. Seine weitere Rede war eine Kriegsfanfarsare. Er beschrieb die Kriegsvorbereitungen der westlichen Staaten und ihre Sozialisten. Der Führer der vaterländischen Verbände der deutschen Phosgenrepublik malte dabei insbesondere die Gaskriegsvorbereitungen als Sachverständiger für derartig pazifistische Maßnahmen aus. Er kam zum Schluß, daß die Zukunft des Deutschen Offiziersbundes mit der Beherrschung der deutschen Nation stehe und falle. Mit Bitterkeit stellte er fest, daß fünf Echstel der deutschen Jugend am 20. Mai sozialistisch und kommunistisch gewählt haben. Mit Bitterkeit verwies er auf die „ungeheure Durchschlagskraft“, die zähe Energie der gefunden und kräftigen unteren Volksklassen, zu deren Führer die Intelligenz des nationalen Deutschlands prädestiniert sei. Nationalverband, Jungdo, Jung-Stahlhelm, die Wehrverbände hätten hier eine große Aufgabe zu erfüllen. Alles komme vor allem auf die Erziehung in den Sportverbänden an. Nicht so sehr durch Drill abstoßen, wie die Massen mit Wehrsport, Schießsport, Geländesport gewinnen. Als Musterbeispiel für ein hoffnungsreiches System verwies er auf die militärische Erziehung des weissen Finnlands.

Dann kam der Clou des Abends, die telegraphischen Begrüßungen wurden verlesen. Telegramm Nummer 1 von dem Holzhader aus Doorn. Herr Houtier bringt ein krächzendes Hurra aus, „Heil Dir im Siegertranz“ steigt gen Himmel. Telegramm Nr. 2 vom reichlich abgefundenen Herrn Alfred, „König“ von Württemberg. Telegramm Nr. 3 vom doosen „König“ Rupprecht aus dem Bayernlande. Und dann — wie könnte er fehlen — Telegramm Nr. 4 vom „Retter des Vaterlandes“, vom Präsidenten der demokratischen Republik, Herrn Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Er brachte es allerdings nur auf ein mähiges „Bravo“ in der Runde. Dieses „Bravo“ mit Rücksicht der vielfältigen Forderungnahme des alten Herrn, der am gleichen Tage bekanntlich Herrn Hermann Müller im Namen des deutschen Volkes mit der Reichsbankierschaft betraute.

Heute noch muß die „Wochenausgabe“ der „Arbeiter-Zeitung“ bestellt werden! Keine Laubheit, Genossen!

# Arbeitsdienstpflicht

## Die „Bergwerkszeitung“ weist neue Wege zur befürchteten Ausplünderung der proletarischen Massen

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 5. Juni einen Artikel „Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien durchgeföhrt, mit der Vorbemerkung, daß in Deutschland „gewaltige Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet, zu deren Bewältigung es zahlreicher Arbeitskräfte bedarf, ungelöst bleiben“, also auch für Deutschland die Einführung der Arbeitspflicht geboten erscheint. Darum hat der Artikel große Bedeutung. Er zeigt, wie die Unternehmer die Vorbereitungen treffen, um durch neue Methoden der Ausbeutung ihre Profite zu steigern. In dem Artikel heißt es:

„Die Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien ist durch das Gesetz vom 10. Juni 1920 eingeföhrt worden. Das Gesetz ist dann ergänzt worden, die heutige Fassung trägt das Datum vom 9. November 1921. Nach dem Gesetz ist jeder bulgarische Staatsuntertan, der gesund und nicht aus einem im Gesetz festgelegten Grunde von der Dienstpflicht befreit ist, verpflichtet, dem Staat seine Arbeitskraft für eine gewisse Zeit zur Verfügung zu stellen. Für die männlichen Staatsangehörigen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren beträgt diese Zeit höchstens acht Monate, für die weiblichen im Alter von 16 bis 30 Jahren vier Monate, sofern sie nicht mehr als drei Monate ohne Unterbrechung zum Staatsdienst einberufen waren. Diese Art der Dienstleistung heißt „ordentliche Dienstpflicht“. Das Gesetz sieht aber auch eine „zeitweise Dienstpflicht“ vor, die für Männer und Frauen mit den gleichen Altersgrenzen wie für den ordentlichen Dienst obligatorisch ist; ihre Dauer kann jedoch 21 Tage im Jahr nicht übersteigen. Im Jahre 1923 ist diese Zeit auf zehn Tage herabgesetzt und die Dienstpflicht der Frauen überhaupt fallen gelassen worden.“

Der Zweck der Arbeitsdienstpflicht beruht in der Organisation und Vermehrung der produktiven Kräfte des Landes im Interesse der Allgemeinheit. Man erwartet davon eine Erhöhung der Produktion, man will weiter das Interesse der Bürger an

dem allgemeinen Wohl wecken, in ihnen Verständnis und Liebe zur physischen Arbeit wachrufen und somit die moralischen und wirtschaftlichen Kräfte der Bevölkerung stärken.“

Das Gesetz erinnert sehr an das beschriebene Disziplinargesetz in Deutschland während des Krieges. Jeder einzelne Werktätige soll danach gezwungen werden, kostenlos seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, um „die Produktion zu heben“ oder deutsch, die Profite der kapitalistischen Unternehmungen zu steigern.

Nachgenommen von der Dienstpflicht sind alle, die sich lösen können. Darüber heißt es:

„Die im Gesetz enthaltenen Befreiungsgründe sind zahlreich; neben dem Ausschub der Dienstpflicht ist auch eine völlige Befreiung möglich. Von dieser Befreiung machen etwa 25 Prozent der Verpflichteten Gebrauch. Für die Befreiung ist eine Gebühr zu entrichten, deren Höhe sich nach dem Interesse richtet, das der Antragsteller an der Befreiung hat... Seit dem 6. März 1921 ist diese Tage auf 87,78 Lewa für den Tag gesetzt.“

Die befreiende Klasse ist danach von der „Dienstpflicht“ befreit und nur die Proletarier dürfen für den „Aufbau des Vaterlandes“ ihre Kräfte zur Verfügung stellen!

Der Artikel schildert dann die segensreichen Wirkungen der „Dienstpflicht“ und kommt dann zum Schluß:

„Man kann daher den Ausführungen des Generaldirektors des Büros der Arbeitsdienstpflicht wohl beipflichten, wenn er sagt: „Vom Standpunkt der Wiedereinrichtung Bulgariens aus betrachtet ist das Gesetz über die Arbeitsdienstpflicht als eine Maßnahme zu betrachten, die im rechten Augenblick kam, und die es ermöglicht, das zu verwirklichen, was Bulgarien im gegenwärtigen Augenblick besonders nottut.“

Die „Bergwerkszeitung“ meint damit, daß auch für Deutschland eine solche „Dienstpflicht“ angebracht ist.

# Massenentlassungen im Bergbau

Die preussische Koalitionsregierung geht den Zechenherren bei-spielegebend voran, indem sie jetzt Tausende von Bergarbeitern auf die Straße werfen will. Wie der Amliche Preussische Pressedienst meldet, hat der Aufsichtsrat der staatlichen Bergwerke A.-G., Heddinghausen, am 2. Juni beschlossen, zunächst 1450 Bergarbeitern zu kündigen. Eine Regierung, in der die Sozialdemokraten Braun und Orzeszinski sitzen, bringt es also fertig, Tausende von Bergarbeitern dem Ver-hungern preiszugeben, obwohl durch Verkürzung der Ar-beitszeit auf sieben Stunden unter Tage die Ent-lassungen vermieden werden könnten.

Die preussische Koalitionsregierung steht an der Spitze eines bru-talen Raubzuges der Zechenkapitalisten, die jetzt in ihrem Profit-interesse neue Massenentlassungen durchzuführen. Die Harpener Berg-bau A.-G. hat beim Reichskommissar die Stilllegung der Zechen Roland, Oberhausen, beantragt und will auch Preußen 2 in Lünen stilllegen. Auf der Generalversammlung der Zechenkapitalisten hat der Berichtshalter Löwenthein weitere Stilllegungen angekündigt, so sollen beispielsweise die Zechen „Karloline“, „Gotteslegen“, „Kleine Wind-mühle“, „Dannenbaum“, „Prinz-Regent“, „Stieblischer Nachbar“, „Zollverein 6-9“, „Roland“ usw. von diesen rigorosen Maßnahmen betroffen werden. Neben völligen Stilllegungen sollen umfangreiche Entlassungen auf den meisten Zechen stattfinden.

Was ist nun die Ursache dieser Massenentlassungen? Die Zechen-kapitalisten behaupten, daß sie infolge Absatzschränkungen not-wendig geworden seien. Tatsache ist, daß es den deutschen Zechen-kapitalisten nicht gelingt, soviel Kohle in Deutschland und auf dem Weltmarkt abzusetzen, wie produziert werden könnte. Falls es aber die Vorkriegszeit, als ob der Absatz heute geringer wäre als vor dem Kriege. Die Produktionsziffern sind gestiegen. Es wurden im Ruhr-bergbau im Jahresdurchschnitt produziert:

1913	379 000	Tonnen täglich
1925	344 000	„
1926	370 000	„
1927	390 000	„
1928	394 000	„
Januar	401 800	„
Februar	401 200	„
März	402 100	„
April	394 000	„

Bei diesen Ziffern ist zu beachten, daß in den letzten Jahren 69 Zechen stillgelegt wurden. Der April 1928 zeigt eine schwächere Produktion als Januar und Februar, die Produktion ist aber immer noch höher als 1913.

Die Produktionsziffern für das ganze Reich zeigen dieses Bild noch besser. Es wurden produziert:

1913	11,73	Mill. Tonnen monatlich
1925	11,06	„
1926	12,11	„
1927	12,50	„
1928	13,42	„
Januar	12,93	„
Februar	14,12	„
März	14,12	„

Wir sehen also, daß sich in den Jahren der kapitalistischen Ratio-nalisierung die Produktionsziffer stark gehoben hat. Es ist in der letzten Zeit auch mehr deutsche Kohle abgesetzt worden als vor dem Kriege.

Es zeigt sich also, daß

die Massenentlassungen eine Folge der kapitalistischen Nationalisierung sind.

Weil die deutschen Kapitalisten auf dem Weltmarkt auf starke Schranken stoßen, da ja auch die Kapitalisten der übrigen Kohlen-länder ihre Positionen mit allen Mitteln verteidigen, ist es nicht möglich, den Absatz beliebig zu steigern. Die heutige Produktion kann aber mit immer weniger Arbeitskräften geleistet werden.

Je mehr die kapitalistische Nationalisierung fortschreitet, umso mehr Arbeiter werden erwerbslos.

Es ist das alte Problem der kapitalistischen relativen Ueberproduktion, das vor der Arbeiterschaft, und in besonderer Schärfe vor den Berg-arbeitern steht. Das Problem ist nicht weniger scharf gestellt, weil sich die Zechenkapitalisten im Kohlenyndikat vereinigt haben und sich über die Absatzquote jeder Gesellschaft verständigen. Wenn die Hilfs-dinge davon schwächen, daß diese Art „organisierte Produktion“ schon Sozialismus sei, so zeigt sich dieser Schwinkel jetzt besonders deutlich. Solange die Profitinteressen des Kapitals für die Produktion maß-gehend sind, wirken sich die mörderischen Gezecke des kapitalistischen Systems für die Arbeiterschaft in aller Schärfe aus.

Wir wissen, daß die Wirkungen der kapitalistischen relativen Ueberproduktion nur durch den Sozialismus beseitigt werden können. Darum setzt die kämpfende Arbeiterklasse als Ziel ihres Befreiungs-kampfes die Enteignung der Kapitalisten ins Auge.

Solange es aber noch nicht gelungen ist, das kapitalistische System zu stürzen, muß die Arbeiterklasse ununterbrochen dieses System an-greifen und gegen die Verelendung kämpfen. Jedes Teitziel in diesem Kampf muß mit aller Kraft durchgesetzt werden und dieser Kampf muß ohne jede Rücksicht auf den Fortbestand des kapitalistischen Systems geführt werden. Die Arbeiter, die um Beseitigung dieses

Systems kämpfen, hängen nicht um ihren Hals. Denn Arbeiter aber solche Rücksicht nehmen wollen, wären sie völlig hilflos, denn die Unternehmer werden ihnen bei jeder einzelnen Forderung vor-rechnen, daß sie „unerfüllbar“ sei.

Dies muß immer wieder ausgesprochen werden, weil sich die sozialdemokratischen Führer zur Aufgabe gemacht haben, im Interesse des kapitalistischen Systems und des kapitalistischen Staates jeden größeren Kampf der Arbeiter zu verhindern und selbst Kämpfe um die brennendsten Forderungen der Arbeiter unmöglich zu machen. Das zeigt sich wieder deutlich bei der Entlohnung im Bergbau.

Immer noch besteht im Kohlenbergbau der Standal, daß die Bergarbeiter acht Stunden unter Tage arbeiten müssen. Die Massen-entlassungen könnten nicht in diesem Umfange durchgeführt werden, wenn die Siebenstunden-Sicht wieder eingeföhrt worden wäre. Die Erstämpfung der Lebensunterstützung ist also das un-mittelbare Ziel, das erreicht werden muß, wenn die Bergarbeiter nicht in grauenhafte Verelendung sinken sollen.

## Ausschluß wegen Verbreitung einer Tageszeitung

Die Ortsverwaltung des D.M.V. Bernburg hat gegen den Kollegen D. S. L. H. den Ausschluß aus dem Verband beantragt, weil dieser die kommunistische Tageszeitung „Tribüne“ unter streifenden Metallarbeitern vertrieben hat.

Jetzt hat ein Verbandschiedsgericht getagt. Den Vorsitz führte der Altlerfelder Bevollmächtigte L. B. L. E. B. I. E. n., der mit den Stimmen der sozialdemokratischen Verbandsgeschäftsführer von Thale und Schöne-bed dem Verbandsvorstand den Ausschluß von D. S. L. H. empfahl.

Dieser Fall übersteigt an Willkürlichkeit und parteipolitischer Verfolgungswut alles bisher Dagewesene. Die Metallarbeiter müssen eine so starke Protestaktion gegen diesen Ausschlußschlußzug entfalten, daß es der Hauptvorstand nicht mehr wagen kann, ihn fortzusetzen.

## Der Schlichter diktiert unbezahlte Sonntagsarbeit für Angestellte

Für die Angestellten des Ruhrbergbaus wurde ein Schiedspruch gefällt, der neben einer ungenügenden Gehaltserhöhung die unerhörte Bestimmung enthält, daß die technischen Angestellten über Tage an zwei Sonn- oder gesetzlichen Feiertagen im Monat ohne besondere Bezahlung zu Pflichtdienstleistungen herangezogen werden können. Der „B. u. A.“ schreibt dazu:

„Bezeichnend für die Haltung des Schlichters ist, daß er in dem entscheidenden Moment, das heißt als einwandfrei feststand, daß kein Schiedspruch mit Zustimmung auch nur einer der beiden Beisitzergruppen zustande kommen würde, mit den Arbeitgeberver-tretern die Formulierung des von ihm beabsichtigten Schieds-spruches eingehend erörterte, während die Angestelltenvertreter da-bei ausgeschaltet wurden.“

Das ist also der „Segen“ der Schlichtungsordnung, die eine Koa-litionsregierung erlassen hat und für deren Aufrechterhaltung heute die SPD eintritt.“

Wenn die Schlichter den Angestellten schon unbezahlte Sonntags-arbeit diktiert, so widerlegt das am besten den Schwinkel der SPD-Führer, die behaupten, daß das Schlichtungswesen für die schwächeren Berufsgruppen Vorteile bringe.

## Arbeiter Sport

### Internationaler Fußball

Vor etwa 10 000 Zuschauern ging am Sonntag der Fußball-weltkampf zwischen einer belgischen und einer deutschen Arbeiter-Sportmannschaft in Stuttgart vor sich. Das Spiel endete mit dem 6:1-Sieg der deutschen Mannschaft.

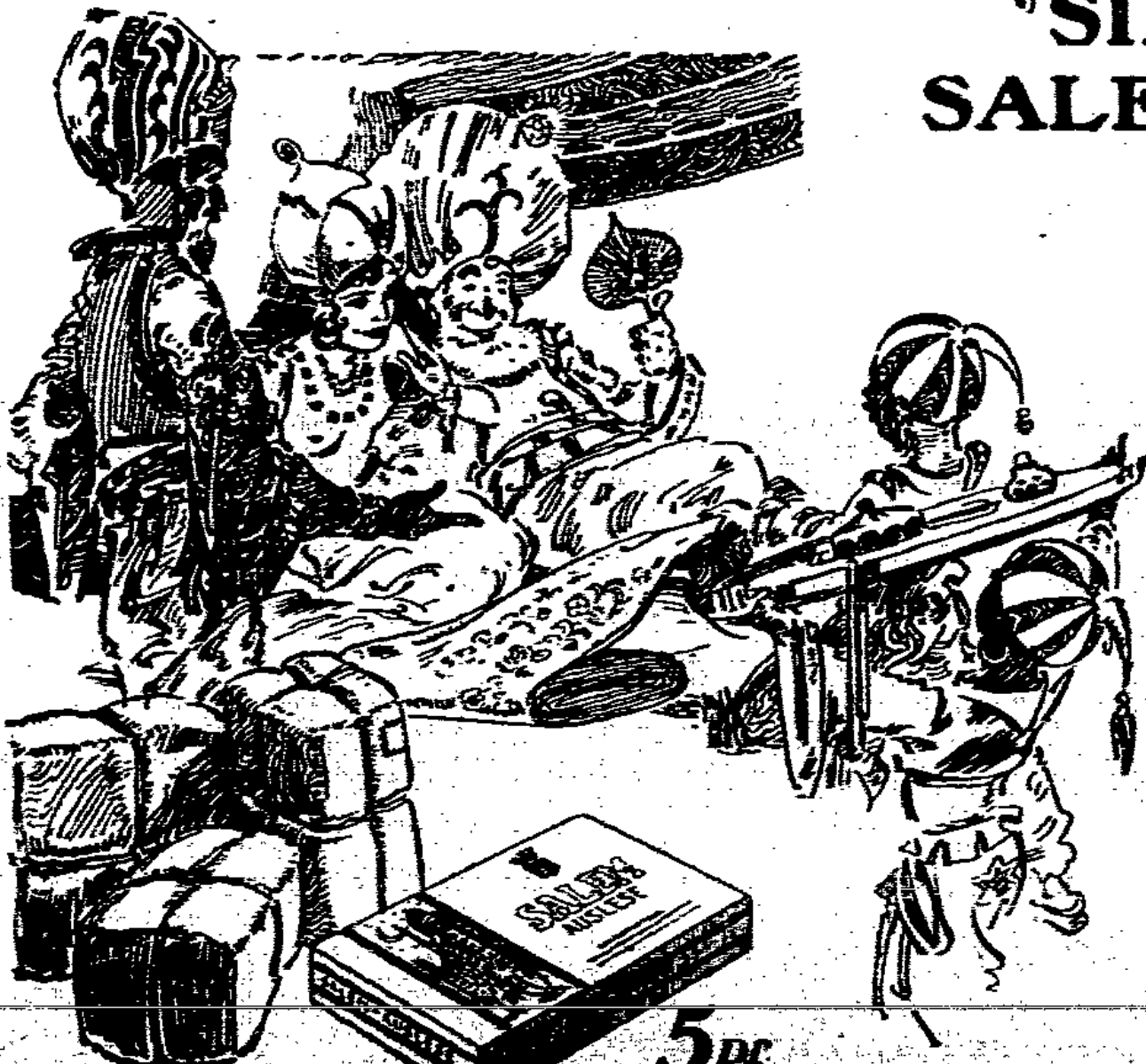
Der Dresdener Sportverein (ehemaliger Bundesfußball-meister) spielte in Basel 3:3.

Breslau „Süd“. Am kommenden Sonntag steigt um 10 Uhr in Klettenberg auf dem Sportplatz ein Frauenhandball-Werbispiel von zwei spielstarken Breslauer Mannschaften. Anschließend steigt ein großes Fußballweltspiel. Vormittags findet auf dem Sportplatz eine Spielerinnensammlung um 10 Uhr statt. Alle Interessenten haben zu erscheinen.

Sportvereinigung Nordost e. V. Handballer. Mittwoch auf dem Nordost-Platz in Dömitz letztes Training der Stafettenmann-schaften.

Freiburg. Resultate vom Sonntag. 1. Schüler BfA. — 1. Schüler Jauer 1:1; 2. Jugend BfA. — 2. Jugend Jauer 5:0; 1. Jugend BfA. — 1. Jugend Jauer 1:2; 2. Mannschaft BfA. — 2. Mannschaft Jauer 1:2. Die 1. Mannschaft von Jauer glänzte durch Abwesenheit und verursachte dem hiesigen Verein dadurch in finanzieller und agitatorischer Beziehung großen Schaden, da die er-schienenen Zuschauer unbesiegt den Platz verließen.

## „SINDBAD, DER SALEM-RAUCHER, erzählt weiter:



So lebte ich lange Zeit geachtet und geliebt am Hofe des Königs Mihrdschan. Unerwartet kam eines Tages mein altes Schiff in den Hafen. Ich eilte zum Kapitän und sprach: „O Rais, kennst Du nicht Sindbad, den Salem-Raucher, den Allahs Gnade am Leben erhielt?“ Da staunte er und wollte seinen Augen nicht trauen, und die anderen Kaufleute auf dem Schiffe erkannten mich auch wieder, und waren alle so voll großer Freude. Meine wertvollen Waren, die ich noch auf dem Schiffe vorfand, schenkte ich dem guten König Mihrdschan, der darüber sehr gerührt war und mir als Gegengabe eine Schiffsladung jener seltenen Tabake bringen ließ. Dann nahm ich Abschied und segelte vergnügt gen Basra, um mit meinen Tabakschätzen nach meiner Vaterstadt Bagdad zurückzukehren. Genießt die zarten Duftwolken und gedenket, liebe Freunde, des guten Königs Mihrdschan, dessen Tabak die Mischung meiner ge-liebten Cigarette bereicherte. Freut Euch über die seltene Gabe Allahs, die Ver-treiberin aller Sorgen und Mutter aller guten Gedanken, die herrliche Cigarette

# SALEM AUSLESE



Der liebe Gott und das Wenzel-Hande-Krankenhaus

Es wird viele Leser geben, die zuerst nicht wissen, was der liebe Gott mit dem Krankenhaus auf der Neuborckstraße zu tun haben könnte.

Aber kommen wir zur Sache: Also vor einigen Tagen wurde ich eingeladen („Euer Hochwohlgeboren“ nannte man mich gar!) an der Feier des 30jährigen Bestehens des Wenzel-Hande-Krankenhauses teilzunehmen.

Mit einem Gesang sollte es anfangen. Dagegen könnte man prinzipiell nichts einwenden, wenn das vorgesehene Liedlein nicht ausgerechnet „Gottes Allmacht und Vorsehung“ zum Inhalt hätte, zwei Dinge, die für mich, traditionsgemäß „Augsburger“, ohne jegliches Interesse sind.

Was dann folgen sollte, wäre wirklich unvertretbar gewesen. Es war nicht mehr und nicht weniger vorgelesen, als daß ein Laie die Bibel und ein evangelischer Pfaffe sprechen sollten, und als Schluß war noch zu allem Unglück ein weiteres frommes Klagenlied geplant.

Es ist wohl unnötig, noch zu sagen, daß ich zu der Feier nicht hingegangen bin. Wäre ich denn, ob ich nicht das „Vaterunser“, die Zehn Gebote oder vielleicht gar den Rosenkranz hätte herbeibringen müssen...?

Bei einem sozialdemokratischen Stadtrat ist jedenfalls kein Ding unmöglich!

Die Granatenfunde bestätigt

Ein gestriges Abendblatt brachte die Bekräftigung des von uns zuerst gemeldeten Granatenfundes am Luisenplatz. Die offensichtlich vom Polizeipräsidium stammende, Nachricht enthält mit keiner Silbe eine Andeutung, woher die beiden Granaten stammen könnten, ob und in welcher Richtung bisher Nachforschungen nach dem „Verlierer“ angestellt worden sind.

Kommt ein Vogel zurückgefliegen...

Wie uns mitgeteilt wird, soll Herr Vogel, bekannt als früherer Hauptling der Breslauer Polizeipartei, gegenwärtig in Gletzig in Tätigkeit, wieder nach Breslau zurückgeholt werden und seine alte Position als „rechte Hand“ Reichsleiters wieder einnehmen.

Wie erwirbt man sich seinen Lebensunterhalt?

Diese Frage hat das Wohlfahrtsamt einem Erwerbslosen wie folgt beantwortet:

„Um Ihnen die Möglichkeit in die Hand zu geben, sich Ihren Lebensunterhalt selbst zu erwerben, hat Ihnen das Wohlfahrtsamt an Stelle der Bar-Unterstützung vom 7. Mai bis 30. Juni 1928 Arbeit in der Städtischen Holzspalteanstalt zugewiesen und gleichzeitig am 8. Mai eine einmalige Unterstützung von RM. 3.— und ein Paar Arbeitsschuhe bewilligt.“

Wäre die ganze Angelegenheit nicht so ernst, man wäre versucht, über die im obigen Schreiben zum Ausdruck gekommene Realität zu lächeln. Wie stellt sich Herr Maßler die „Möglichkeit“ vor, daß ein Mensch mit dem „Lohn“ von wöchentlich 11,50 Mark, den die Holzspalteanstalt bezahlt, und einer einmaligen „Unterstützung“ von 3 Mark (damit kein Mißverständnis entsteht: in Worten drei Mark) seinen „Lebensunterhalt selbst erwerben“ kann?

Die 6. Abteilung des KFD gründet eine neue Ortsgruppe

Am Sonnabend unternahm die 6. Abteilung des KFD eine Propagandasafari mit Auto nach Kobrowitz, um eine Ortsgruppe des KFD ins Leben zu rufen. Die Kobrowitzer Arbeitererschaft erwartete die Kameraden schon stundenlang vorher.

Die Arbeiter haben auch weiterhin das Wort

Eine wichtige Notstandsarbeiter-Resolution

Breslau, den 13. Juni 1928.

Es ist selbstverständlich, daß die Breslauer Arbeitererschaft die Durchführung ihrer Forderungen zur Frage der Mehrheitsausnützung im Stadtparlament nicht schweigend hinhinnehmen wird.

Die heutige Delegiertenversammlung der Bauwerke Ostpark hat mit Entschiedenheit davon Kenntnis genommen, daß in der gestrigen

Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion entgegen dem klaren einseitigen Vorschlag der Kommunisten, die im Stadtparlament vorhandene proletarische Mehrheit auszunützen, abgelehnt und für bürgerliche, ja sogar deutschnationale Kandidaten zum Vorkand geklimmt hat.

Die heute Versammelten erblicken darin den Beweis, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion nicht gewillt ist, dem durch das Wahlergebnis zum Ausdruck gelangten Willen der Breslauer Arbeitererschaft, eine proletarische Politik im Stadtparlament zu treiben, Rechnung zu tragen.

Diese Resolution muß alle anderen Betriebsvertretungen, Delegierten usw., die zu den Aufgaben des neuen Stadtparlaments noch nicht Stellung genommen haben, veranlassen, sofort diese Dinge zu besprechen und die Forderung nach einem roten Breslau an den der klaren Verantwortung dieser Frage immer noch aus dem Wege gehenden SPD-Vorstand zu richten.

Sechzehnstündige Arbeitszeit

bei dem Bananen-Vertrieb „Westindia“

Auf der Lorenzstraße 10 befindet sich eine Zweigleitung der Hamburger Bananenvertriebs „Westindia“. Bei dieser Firma sind einige Arbeiter beschäftigt, die, wie nachstehend bewiesen wird, auf das Unerhörteste ausgebeutet werden.

Die Inhaber der Firma aber sind schlaue Leute. Um sich vor allen etwaigen nachträglichen Ansprüchen ihrer Arbeiter auf Zahlung von Ueberstundengeld zu drücken, schließen sie mit diesen Verträge ab, die ungefähr folgenden Wortlaut haben:

„Wir vereinbaren mit Ihnen von heute ab mit der Bedingung einer gegenseitigen 14tägigen Kündigung, einen am Freitag jeder Woche zu zahlenden Lohnbetrag von Mk. 35,50 für Ihre Tätigkeit bei uns.“

In diesem Betrage ist die Abgeltung etwaiger Ueberstunden, die Sie leisten werden, enthalten. Bestätigen Sie bitte Ihr Einverständnis hierunter durch Ihre Unterschrift.“

Ein solcher Vertrag ist bezeichnend für jene Leute, die die Notlage der Erwerbslosen dazu ausnützen, die Unterschrift unter derartige Bestimmungen zu erkaufen. Denn bei einem Menschen, der vielleicht schon jahrelang ohne Arbeit ist und sich in bitterer Not befindet, ist es natürlich ein Unflut, zu behaupten, er wäre ja „freier“ Arbeiter und brauche nicht zu unterschreiben.

Ein solcher Vertrag ist bezeichnend für jene Leute, die die Notlage der Erwerbslosen dazu ausnützen, die Unterschrift unter derartige Bestimmungen zu erkaufen.

und oftmals bis um 18—19 Uhr dauert! Vielleicht werden die Inhaber der Firma darauf hinweisen, daß manchmal drei Mark „Extraschädigung“ für das schwere Ausladen der Früchte gezahlt werden. Aber auch das kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß bei dem Bananenvertrieb „Westindia“, wie wir schon oben sagten, die Arbeiter maßlos ausgebeutet werden.

Warum

keine rote Mehrheit in Breslau?

Das Schadergeschäft im Reichstag

Dazu sprechen die Genossen Erich Hausen und Stadtverordneter Hermann Ammon am Freitag, 15. Juni, 20 Uhr im „Bergkeller“, Kletschkaustraße

Werktätige erscheint reslos!

der Vorkonferenz und Gründung einer Ortsgruppe von 26 Mann war der Erfolg des Abends. Das zahlreiche Erscheinen von sozialdemokratischen Arbeitern zeugte von der Sympathie auch auf dieser Seite zu den Kommunisten.

Merkwürdiger Umgangston in der Angestelltenstempelstelle. In einer Zuschrift beschwert sich ein erwerbsloser Angestellter über den Ton, der von einigen Beamten der Stempelstelle Ursulinerstraße gegenüber den erwerbslosen Angestellten angeschlagen wird.

Wohnungsseind. Der früher Kreuzstraße 42 wohnhafte Arbeiter Paul F. ist durch die Scheidung von seiner Frau wohnungslos geworden. Seine Lage ist um so verzweifelter, als er an einer unangenehmen Krankheit leidet und eine Kur durchzumachen hat, die er eben nur in einer eigenen Wohnung und nicht unter fremden Leuten durchführen kann.

Selbstmordversuch. Am Montag versuchte sich eine auf der Kronprinzstraße wohnende Frau mit Gas zu vergiften. Ihr Vorhaben konnte noch rechtzeitig verhindert werden.

Arbeiten an den Wasserleitungen. Das Presseamt schreibt: Sollte in der Ober- und in der Sandborckstadt sich in den letzten Tagen eine Verminderung des Wasserdruckes bemerkbar gemacht haben oder in den nächsten Tagen eine solche Verminderung bemerkbar werden, so ist diese auf Arbeiten des Betriebsamtes für Gas- und Wasserrohrleitungen zurückzuführen.

Weltbühne. „Schatten der Weltstadt.“ — „Grand Hotel.“ Ein hoher Regierungsbeamter benutzt seine Frau, um Karriere zu machen. Um sie vor Bräutlingen zu schützen, erkrankt ihr Liebhaber ihren Mann. Die junge Frau kommt in falschen Verdacht, aber die Pariser Geschworenen sprechen sie trotz belastender Momente frei.

Leidenschaft sehr gut wiedergegeben. Der Beifilm „Grand Hotel“ zeigt einen Querschnitt aus dem Leben eines Luxushotels. Der unentbehrliche, allwissende Ober, der unbeholfene Onkel Friß aus Neuzuppin mit seiner Zentnergattin, die alte Jungfer mit ihren Kanarienvögeln, die elegante „gnädige Frau“ mit ihrem von ihr ausgehaltenen Freund ziehen in buntem Reigen vorbei.

Briefkasten

Wohnungsangelegenheit. Bitte heute von 17—19 Uhr an Stadtverordneten F. Jylla, Neue Taschenstraße 6 II, zu wenden.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau. Stadtteil 3 (West). Mittwoch 19.30 Uhr Versammlung der Straßengasse 2 bei Pawletta, Schweitzerstraße 3. Kommunistischer Jugendverband An alle Ortsgruppen des KFD! Die Plenar-V.Sitzung findet Sonnabend und Sonntag in Breslau bei Reimann, Neue Antonienstraße, statt.

# Waldenburger Bergland Sozialdemokraten und Bürgerliche Nem in Nem

**Stadtverordnetenversammlung in Waldenburg — Nur die Kommunisten als ehrliche Vertreter der Arbeiterinteressen**

Eingangs der Sitzung wurde für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Fiedig der Kaufmann Dellwig eingeführt. Dem Dringlichkeitsantrag des Magistrats auf Verkauf von Gelände zur Errichtung eines Arbeitsamtes wurde zugestimmt. Ein Schreiben des Oberbürgermeisters besagte, daß an Stelle des erkrankten Stadtrat Dikreiter für das Schulwesen Schulrat Langer vorübergehend beschäftigt werden soll. Es gelangten dann die kommunistischen Dringlichkeitsanträge zur Beratung. Der erste Antrag besagte:

„Der Arbeiter-Athletenbund Ortsgruppe Waldenburg, Aitwasser erhält zur Teilnahme an einem Lehrkursus an der Hochschule für Leibesübungen eine Beihilfe von 120 Mark.“

Der Berichterstatter Genosse Reichel wies bei Begründung des Antrages auf die großen Schwierigkeiten hin, mit denen der Arbeitersport zu rechnen hat, und die großen Aufgaben, die auf dem Gebiet „Jugendpflege“ liegen. Stadtrat Raywald (SPD.) erklärte, die Staatsmittel für das Stadtmuseum seien verbraucht, wenn die Summe bewilligt werde, dann dürfe sie nicht in den Etat für das kommende Jahr übernommen werden. Dierich (SPD.) erklärte sich für Ablehnung der Vorlage, da bei Bewilligung dieses Antrages auch andere Vereine solche Beihilfen verlangen könnten. Die Bürgerlichen, sichtlich erfreut über die sozialdemokratischen Steigbügelhalter, fanden es nicht für notwendig, sich zu äußern, sondern stimmten mit den Sozialdemokraten gegen den Antrag. Die benötigte Summe soll lediglich als Darlehen gemährt werden.

Genosse Reichel begründete dann den weiteren Antrag der kommunistischen Fraktion.

„Die Unterstützungssätze der allgemeinen und gehobenen Fürsorge werden um zehn Mark pro Monat erhöht. Die Kinderzulagen sind bei allen Unterstützungsempfängern auf 12 Mark pro Kind und Monat zu erhöhen.“

Schon im März wurde von einer Erhöhung der Richtsätze gesprochen. Die verschiedensten Ausschüsse beschäftigten sich mit dieser Angelegenheit. Man kam jedoch zu keiner Regelung. Währenddem lebten die Invaliden unter den unerträglichen Verhältnissen und wußte die Erregung unter den Ärmsten der Armen, so daß es höchste Zeit ist, eine Regelung zu treffen. Vom Magistrat wandten sich Bürgermeister Behrens und Magistratsrat Silita wski gegen den Antrag mit dem Hinweis, daß am nächsten Freitag die Kreisfestung erfolgen solle. Dierich (SPD.) wandte sich ebenfalls gegen den Antrag, verlangte jedoch, daß die Erhöhung ab 1. April gemährt werden solle. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der

Kommunisten abgelehnt. Melzer veräumte nicht, den Sozialdemokraten einige derbe Wahrheiten zu sagen, daß sie sehr wohl für höhere Beamtengehälter eintreten könnten, aber für die Rolleibenden kein Mittel vorhanden.

In den Verwaltungsrat der Stadtbücherei wurde für Studienrat Piesch Herr Pasch gewählt. Zur Jahreshauptversammlung des Schlesiens. Städtetages wurden die Stadtverordneten Jappe (SPD.), Reichel (SPD.) und Seidel (bürgerlich) delegiert.

Der Abänderung der Baupolizei-Gebührenordnung sowie mehrerer Kaufverträgen wurde zugestimmt. Der lebenslänglichen Anstellung von 13 technischen Angestellten ebenfalls, da jeder von diesen schon fünf Jahre in städtischen Diensten beschäftigt ist. Für die im Laufe des Jahres auszuführenden Straßen- und Wohnungsbauten wurde die Aufnahme einer Anleihe von insgesamt 950 000 Mark beschlossen. Die übernommene Bürgschaft für ein Darlehen an Herrn Hofmeister Pohl in Höhe von 50 000 Mark wurde auf zehn Jahre verlängert.

Für die Beseitigung von Ueberschwemmungsschäden und Verbesserungen am Lassebachlauf wurden 33 000 Mark bereitgestellt. Darauf erfolgte Schluß der Sitzung.

## Groß-Waldenburg

**Ein schwarzer Tag für die 10. Abteilung des Bismarck-schichtes**

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In einem langen Stroh der genannten Abteilung hatte ein Kumpel Verletzungen erlitten. Als er nach Anlegen eines Verbandes sich wieder zu seiner Arbeitsstelle begeben wollte, ereignete sich ein neuer Unglücksfall, indem der Aufseher Pjarr aus Alt-Bäsig unter ein plötzlich wegrutschendes Weilerholz geriet und von einem nachstürzenden Wagen Berge einen Wirbelsäulenbruch erlitt. Der Tod trat auf der Stelle ein. Pjarr war 40 Jahre alt und hinterläßt zwei Kinder im Alter von 8 und 14 Jahren. An derselben Arbeitsstelle helle sich auch der Hauer Hoffmann aus Sandberg einen Armbruch sowie andere Verletzungen. Dem Umstand, daß er mehr seitwärts stand, ist es zu verdanken, daß ihn nicht dasselbe Schicksal ereilte.

Und der Lohn für diese gefährliche Arbeit? Hungerpennungen. Und die Arbeitszeit? Immer noch acht Stunden! Bergarbeiter fordert die Kündigung des Ueberarbeitszeitabkommens. Arbeitszeitverkürzung ist das beste Mittel gegen Unfälle!

**Weißstein.** Promenadenlangeri. Am Donnerstag, dem 14. Juni, von 18.30 bis 19.30 Uhr findet auf dem Marktplatz Weißstein das 4. Promenadenkonzert der Waldenburger Berg- und fürstlich Pleßischen Kapelle statt.

**Durch Gas vergiftet.** In dem bereits gemeldeten Vorfall werden uns folgende Einzelheiten mitgeteilt: Eine unerwartete Todesnachricht durchschellte das Dorf. Es wurde bekannt, daß Frau Eichner, wohnhaft in der „Gemeindeküche“, mit ihrem fünf Jahre alten Töchterchen an einer Gasvergiftung gestorben sind. Der Fall ist um so rätselhafter, da die Frau als eine sehr lebensfrohe Person unter der Einwohnerschaft bekannt war und auch schon Vorbereitungen für ihre künftigen Lebensstage getroffen hatte. Bei der Heimkehr ihres Mannes wurde sie lebend auf dem Stuhl angetroffen, während das Kind tot im Bett lag. Wiederbelebungsbemühungen waren bei beiden erfolglos. Es werden sie das Geheimnis über die Todesursache mit in das Grab nehmen. In derselben Nacht wurde die Frau des Schneidermessers Peters nach einem jahrelangen Krebsleiden durch den Tod erlöst.

## Oberes Revier

**Genosse Walter Runze gestorben**

Am Montag früh verstarb infolge seiner schweren Verletzungen unser Genosse Walter Runze. Der Genosse hat als Opfer des Grubenkapitals unter furchtbaren Schmerzen sein Leben lassen müssen. Runze hat als Betriebsrat stets im Interesse der Arbeiterschaft gewirkt und gekämpft. Wir verlieren in ihm einen guten Genossen und teuren Kameraden.

Die Beerdigung findet voraussichtlich Donnerstag nachmittags statt. Allen Kameraden und Genossen wird es zur Pflicht gemacht, an der Beerdigung teilzunehmen. Näheres durch Mundschreiben!

## Freiburg

**An alle Arbeitersportfreunde Freiburgs!**

Das Arbeiter-Sportkartell veranstaltet am Sonntag, dem 24. Juni, den Reichs-Arbeiter-Sporttag. Das Programm sieht folgende Veranstaltungen vor:

Sonnabend 21 Uhr: Fackelzug nach dem Ring. Dasselbst Fackel-Freilübungen der Turnerinnen. Antreten 20.30 Uhr beim „Wilhelmsbad“. Sonntag 8—10 Uhr: Leichtathletik-Wettkämpfe. 10—11.30 Uhr: Fußballspiel. VfR. Freiburg gegen Stern-Birkau. 13.15 Uhr: Antreten zum Festausmarsch an der Sieblung, Blücherstraße (Wolsnik). 14.30 Uhr: Freilübungen nach Musik — Ansprache — Endläufe — 4 mal 100 Meter-Staffette — 3000-Meter-Lauf — Fußball-Wettspiel: VfR. Freiburg gegen Trautenaun (Tschscholomatei) — Radreiten — Geräteturnen — Raddballspiele und Romische Staffette. Der „Rakt“ in diesem Jahr wird die vorjährigen Veranstaltungen bei weitem übertreffen und wir richten jetzt schon die Parole an die Arbeiterschaft: Unterstützt unsere, denn sie ist eure Veranstaltung!

## Schweidnitz

Leichenfund in der Weiskristallperle. Im Stausee der Weiskristallperle wurde am Montagfrüh eine Leiche treibend gesichtet und geborgen. Es handelt sich um den Reichswehrbrüdersekretär Kurt Gabriel aus Schweidnitz, der bereits am 24. April d. J. den Tod gesucht hatte. Gabriel hat sich bekanntlich umfangreiche Unterschlagungen in Schweidnitz zuschulden kommen lassen.

Ausgesetzte Belohnung. Für die Ermittlung der Brandstifter, die am 7. Mai in Liebichau die Jungferne Bestung in Brand setzten, hat jetzt die Versicherungsgesellschaft 500 Mark Belohnung angesetzt.

## Liegnitz

Im Mittelpunkt der Stadtverordnetenversammlung am Montag standen die beginnenden Etatsberatungen. Verschiedene Etats wurden genehmigt vorbehaltlich der Festlegung der Steuererträge. Der Haushaltsplan für die Verwaltung der Polizeikasse für das neue Haushaltsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 577 900 Mark (Vorjahr 416 000); der Etat der Bauverwaltungskasse für 1928 macht bei 454 850 Mark Einnahmen und 777 150 Mark Ausgaben einen Zuschuß von 322 300 Mark notwendig. Der Haushaltsplan der Fortifikation zeigt bei 133 100 Mark Einnahmen und 92 500 Mark Ausgaben einen Ueberschuß von 40 600 Mark. Im Etat der Feuerwehrtasse stehen 5800 Mark Einnahmen 80 200 Mark Ausgaben gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von 74 400 Mark zu bedenken ist. Die Liegnitzer Steuerzahler dürfen sich also schon heute auf stärkere Auspressung gefaßt machen!

18 000 Mark städtische Gelber unterschlagen. Wie berichtet wird, hat ein Polizeibeamter bei der städtischen Steuerkasse erhebliche Unterschlagungen verübt. Es werden 18 000 Mark genannt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

## Aus dem Riesengebirge

Tödlicher Fahrradunfall. Der 13-jährige Sohn des Oberlandjägers Bolling aus Schreiberhau fuhr mit dem Rade in der Nähe der Brauerei Alt-Schönau auf ein entgegenkommendes Auto. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er starb.

Platzbenennung. Der Hirschberger Magistrat hat dem Turn- und Spielplatz auf dem Calvarienberg die Bezeichnung „Jahnplatz“ gegeben.

## Mittelschlesien

Brig. Gründung einer JSB-Gruppe. Am Sonntag fand hier im „Weinberg“ die Gründungsversammlung des Jung-Spartakus-Bundes statt. Sie war verhältnismäßig gut besucht. Genosse Sura-Breslau zeigte den jungen Pionieren an Hand von Beispielen in leicht erklärlicher Weise, welches die Aufgaben des JSB sind. Der Erfolg waren 11 Aufnahmen in den Bund. Wir wünschen der jungen Ortsgruppe viel Erfolg und hoffen, daß sie mit Hilfe des KJB gute Erfolge hat. Wir fordern alle Parteigenossen, KJB-Kameraden und Sympathisierenden auf, ihre Kinder in den JSB zu schicken. Anmeldungen nimmt jeder Funktionär des kommunistischen Jugendverbandes entgegen.

Oplan. Vor einigen Tagen fand hier eine Erwerbslosenversammlung statt, in der Kollege Söhntel, bis vor kurzem noch Reichsbannermitglied, interessante Ausführungen über die Handlungen des Stadtrats Pelz (SPD.) machte. Kollege Söhntel war durch lange Erwerbslosigkeit ausgepeinert und hatte Armengeld beantragt, was ihm immer abgelehnt wurde. Er wandte sich in seiner Not zunächst an den Deputierten Stadtrat Pelz mit der Bitte um Gewährung von Armengeld, was aber von diesem Herrn ebenfalls verweigert wurde. Wir stellen hiermit öffentlich fest, daß Kollege Söhntel vollständig auf sich angewiesen ist, da er keine Eltern mehr besitzt und froh ist, ein Dach über dem Kopfe zu haben, und nicht wie Pelz meinte, „da hätte es noch weanders Platz für ihn, wenn er durch seine Mittellosigkeit wohnungslos werden sollte“. Er dürfte die Deffenlichkeit interessieren, wo der Stadtrat Pelz Unterstützung für leibliche Erwerbslose hat. Doch nicht etwa im Polizeigefängnis? Was wird Herr Pelz zu den Anschuldigungen des Kollegen Söhntel sagen!

# Niederschlesien

## Görlitz

**Der Kampf um die Schule.**

Zur Vorbereitung der kommenden Elternbeiratswahl haben in einigen Schulen bereits Elternversammlungen stattgefunden. Aus den uns zugegangenen Berichten ist zu ersehen, daß die Anhänger der konfessionellen Schule mit größter Fleißigkeit vorzugehen beabsichtigen. Infolgedessen ist es in diesen Versammlungen auch bereits zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen.

In der Elternversammlung der Knaben- und Mädchen- und der Mädchen- und Knaben-Schule, die ihre Hauptaufgabe nach wie vor darin erblicken, die Aufnahme von weltlichen Schülern zu verhindern. Den Vogel schloß der Direktor Herrling ab, der wörtlich behauptete, „daß man sich dagegen wehren müsse, daß unsere schöne Schule durch Unterbringung weltlicher Klassen verunstaltet wird.“ Noch rigorosier ging diese Sorte Christen in einer Versammlung in der X. Gemeindefschule auf der Elisabethstraße vor, wo sie es ablehnten, der Richtung „Schulfortschritt“ überhaupt einen Sitz zuzubilligen.

Interessant ist es, zu diesen Vorgängen den Bericht der „Görlitzer Volkszeitung“ zu lesen. Abgesehen davon, daß der Berichterstatter dieser Zeitung bedauert, daß die „Befehdende“ der Vertreter der Liste Schulfortschritt, die nur zwei Sitze um des lieben Friedens willen beanspruchten, von den Christlichen nicht genügend gewürdigt wurde, und kennzeichnend für die Einstellung des sozialdemokratischen Blattes ist die Verberung vor den sogenannten „religiösen Sozialisten“, die aus dem Kommentar hervorgeht: „Unser Kampf richtet sich nicht gegen die Religion an sich.“ So ist da etwas von dem Worte Karl Marx zu merken: „Religion ist Opium für das Volk!“ Wir Kommunisten stellen den Kampf gegen die Religion und gegen die Kirche in den Vordergrund unserer Agitation, und werden auch hier alle Mittel zur Anwendung bringen, um die Kreise der Arbeiterklasse, die nach heute unter der Fuchel der Pfaffen schmachten, aufzuklären. Der Kampf um die Elternbeiratswahlen wird auch unsere Genossen in der ersten Reihe sehen. Deshalb ergeht an alle unsere Leser der Ruf, durch verlässliche Propaganda dafür zu sorgen, daß die Arbeiterkern reiflos ihre Stimme am 21. Juni abgeben für die Liste 2 Schulfortschritt.

**Neue Erigerung der Arbeitslosenziffer.**

Die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt hat sich im Laufe der Berichtswocche auf 1576 erhöht. Auch im Landkreise flaut der „Aufschwung“ des Arbeitsmarktes, der einige Wochen fortwährte, ab. Die Zahl der Unterstützungsempfänger beträgt zurzeit 310, die der Arbeitslosen 427, darunter 114 Kostbendarbeiter, die in den Gemeinden Penzig O., Rohlstorf Bahnhof und Hemmerdorf beschäftigt sind.

Von eigenen Fahrzeugen überfahren. Beim Bremsen seines mit 50 Zentner Kohle beladenen Wagens kam der 39-jährige Gutbesitzer Kleut aus Goldentraum zu Fall. Er wurde überfahren und sofort getötet.

Selbstmord. Der Bierstücker Richard Bohnigk in Weißwasser verübte Selbstmord durch Erhängen.

## Leuban

Stadterweiterung. Punkt 1 der letzten Sitzung: Zusammenlegung der Dingerhütte auf dem Rittergute Holzlitz wurde angenommen. Punkt 2: Anlage eines Schweiges in der äußeren Görlitzer Straße, zwischen Friedhofsweg und Handengasse, wurde genehmigt. Punkt 3: Rekonstruktion der Vorwerkstraße zwischen Friedhofsweg und Eisenbahnstraße. Stadterweiterung. Punkt 4: Zusammenlegung der Dingerhütte auf dem Rittergute Holzlitz wurde angenommen.

wünschte, daß am oberen Ende der Vorwerkstraße der Fußweg vom Rifen befreit werde, was geschehen soll. Für Entfendung von Vertretern zur Hauptversammlung der Schlesiens. Städtetages in Ologau am 15. und 16. Juni sprach Genosse Thiel. Er verlangte von den Delegierten, daß sich dieselben für das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen einsetzen möchten. Nur durch das wirkliche Selbstbestimmungsrecht der Kommunen könne die finanzielle Lage etwas gelöst und dadurch auch der Wohnungsbau gefördert werden, denn in diesem Jahre wäre die Bautätigkeit eine sehr schlechte, und Arbeiterwohnungen kämen so gut wie gar nicht in Frage. Der erste Bürgermeister bestritt dies und behauptete, daß prozentual dieses Jahr genau soviel gebaut würde, wie die vorhergehenden Jahre. Genosse Thiel blieb aber bei seinem Standpunkt. Die neuen Wohnungen, die gebaut werden, kommen für die Arbeiter gar nicht in Frage, da die Mieten viel zu hoch sind. Der SPD-Mann Elger machte die alberne Bemerkung, daß die SPD-Fraktion im Reichstag immer für ein vernünftiges Wohnungsbauprogramm eingetreten wäre, was aber von der SPD abgelehnt worden wäre. Genosse Thiel bezeugte diese Behauptung mit Recht als eine infame Lüge. Die Uebernahme eines Garantiefonds für die Ausführungen des „Heimatspieles“ von Fritz Vertam wurde mit den Stimmen der zwei Kommunisten abgelehnt. Das brachte die Sozialdemokraten aus der Rolle und sie antworteten mit Schimpfereien auf die SPD. Damit wollen sie ihre Fehler decken. Selbst sozialdemokratische Mitglieder, die als Zuschauer anwesend waren, haben das Verhalten ihrer Parteigenossen verurteilt, denn die Heimatspiele sind nur patriotischer Unfuss und sollen die Arbeiter verblöden. Genosse Wenzel brandmarkte auch gebührend den Sinn der Spiele.

## Sagan

Ein Lehrling ertrunken. Am Sonnabend ist der bei der Firma Dr. Wünschmann beschäftigte Töpfer Erich Scholtyschil in dem hinter dem Sportplatz in Halbau gelegenen Freibad ertrunken. Die Bürogehilfen Schmidt und Frenzel, beide aus Halbau, sprangen sofort nach, um Scholtyschil zu retten, was ihnen jedoch nicht gelang. Die durch die Arbeiter-Samariterkolonne angestellten Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos. Der herbeigerufene Arzt stellte den Tod durch Ertrinken fest.

## Bunzlau

Reis ertrunken. Am Sonnabend ist der bei der Firma Dr. Wünschmann beschäftigte Töpfer Erich Scholtyschil in dem hinter dem Sportplatz in Halbau gelegenen Freibad ertrunken. Die Bürogehilfen Schmidt und Frenzel, beide aus Halbau, sprangen sofort nach, um Scholtyschil zu retten, was ihnen jedoch nicht gelang. Die durch die Arbeiter-Samariterkolonne angestellten Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos. Der herbeigerufene Arzt stellte den Tod durch Ertrinken fest.